

Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

INHALT:	Editorial	Seite 236
	GI Aktuell	Seite 236
	GI Leitsätze	Seite 237
	Verjährung, Anwaltsregress, § 51b BRAO Prozessfehler, Berufungsbegründungsfrist / Wiedereinsetzungsverfahren / Belehrungspflicht über Verjährungsfrist i.S.d. § 51b BRAO / Belehrungsbedürftigkeit nach Bitte um Verjährungsverzicht? (BGH, Urt. v. 27.1.2000 - IX ZR 354/98)	Seite 238
	Steuerberaterhaftung Domizilgesellschaft Liechtenstein / Belehrungspflichten (OLG München, Urt. v. 19.1.2001 - 21 U 2483/00)	Seite 240
	Honoraranspruch des Rechtsanwalts Zeitgebühr / Aufzeichnungen / Schlüssige Darlegung im Honorarprozess / Vereinbarung (OLG Karlsruhe, Urt. v. 8.11.2000 - 9 U 44/00)	Seite 241
	Anwaltshaftung Garantie / Doppelseitiger Treuhandvertrag / Sachwalterhaftung (OLG Hamm, Urt. v. 26.9.2000 - 28 U 50/00)	Seite 243
	Fristenkontrolle Ganztägige Abwesenheit / Schriftsatz im Unterschriftenkorb / Weisung am Vormittag / Kontrolle des Fristenkalenders (OLG Jena, Urt. v. 19.9.2000 - 5 U 1213/00)	Seite 250
	Fristenkontrolle Berufungsbegründungsfrist / Kontrollanruf bei OLG / Konkrete Anweisung / Organisationsverschulden (OLG Koblenz, Beschl. v. 27.6.2000 - 3 U 345/00)	Seite 252
	Steuerberatungsvertrag und Honoraranspruch Kündigung des Mandats durch Steuerberater / Honorar für nicht erbrachte Leistung / Vorschuss / Rahmensatz / Gegenstandswert / Neue Bilanzierungsmethode (LG Duisburg, Urt. v. 4.8.2000 - 10 O 57/98)	Seite 254
	GI Hinweis	Seite 260



Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

die **Verjährung des Schadenersatzanspruchs** bei **Fehlern** des Anwalts im **Prozess** des Mandanten beginnt mit der ersten nachteiligen Gerichtsentscheidung und nicht mit deren Rechtskraft. Offen gelassen hat der BGH, ob der Rechtsanwalt bei der **Belehrung** des Mandanten über sein Fehlverhalten auch genaue **Angaben zum Beginn der Verjährung** machen muss. Fest steht bisher laut BGH nur, dass ein Hinweis auf die Dauer der Verjährung ab Schadenentstehung erfolgen muss. Beiläufig wird in dem Urteil das Thema Belehrungsbedürftigkeit angesprochen: Bittet der Mandant, auf die Verjährungseinrede zu verzichten, zeigt das nicht zwingend, dass er bereits Kenntnis von der kurzen Verjährungsfrist hat.

Ist der Steuerberater bei Verhandlungen mit einem **Unternehmen in Liechtenstein** hinzugezogen, hat er auf die gesteigerten Mitwirkungspflichten gegenüber dem deutschen Fiskus gemäß §§ 90, 160 AO hinzuweisen und u.U. selbst bei der **Informationszentrale Ausland des Bundesamtes für Finanzen** Erkundigungen einzuholen (OLG München).

Zur **Abrechnung von Stundenhonorar** weist das OLG Karlsruhe erneut auf deren Konkretisierung hin. Die Stundenaufzeichnungen müssen eine Zuordnung der jeweiligen Arbeit zu dem erteilten Auftrag ermöglichen.

Erhöhte Kontrollpflichten entstehen für den Anwalt, wenn er am Vormittag anweist, die **an diesem Tag ablaufende Frist** durch Berufungseinlegung zu „retten“, und dann bis abends kanzleiabwesend ist. Hier muss er prüfen, ob seine **Weisung** eingehalten wurde. Er kann sich nicht mit der Feststellung begnügen, dass abends laut Fristenkalender keine unerledigten Frist-sachen mehr vorhanden sind. Im konkreten Fall des OLG Jena war die Berufungsfrist im Fristenkalender nicht aufgenommen worden.

Zum **Steuerberaterhonorar** bestätigt das LG Duisburg, dass eine Herabsetzung des Honorars wegen vorzeitiger Mandatsbeendigung nicht stattfindet. Im Entscheidungsfall war der Mandant viermal vergeblich zur Erteilung von Informationen aufgefordert worden. Die Bilanz konnte somit nicht abschließend erstellt werden. Der Steuerberater kündigte das Mandat fristlos gemäß § 627 BGB. Auch die **Überschreitung** des vom Sachverständigen im anschließenden Honorarprozess als angemessen angesehenen **Rahmensatzes um 20%** sah das LG als unschädlich an.



Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

GI Aktuell

BFH: Die Überlassung von Sportanlagen ist regelmäßig keine umsatzsteuerfreie Grundstücksüberlassung

Für Betreiber von Sportanlagen (wie Tennis-, Squash-, Schwimm-, Schieß- oder Kegelanlagen) hatte sich die Umsatzsteuer zu einem schwer kalkulierbaren Risiko entwickelt. Da Sport regelmäßig auf Grundstücksflächen betrieben wird, wurde grundsätzlich (z.B. bei Tennisplatzvermietung) Grundstücksvermietung angenommen, die nach § 4 Nr. 12 Buchst. a des Umsatzsteuergesetzes (UStG) umsatzsteuerfrei ist. Hingegen ist die Vermietung so genannter Betriebsvorrichtungen (auch auf einem Grundstück) umsatzsteuerpflichtig.

Da die Ausführung steuerfreier Umsätze aber dazu führt, dass der Sportanlagenbetreiber Vorsteuerbeträge, die ihm bei der Errichtung oder Unterhaltung der Anlagen in Rechnung gestellt werden, nicht abziehen darf, ergaben sich häufig Streitigkeiten mit der Finanzverwaltung, ob insgesamt oder in welchem Umfang von einer steuerpflichtigen Betriebsvorrichtungsüberlassung ausgegangen werden könne, um den Vorsteuerabzug aus Investitionen zu erhalten. Andererseits kann die Umsatzsteuer als Preisfaktor die Platzmieten erhöhen.

Rechtsprechung und Verwaltung hatten in den letzten Jahren eine **umfangreiche Kasuistik** dazu entwickelt, inwieweit Sportanlagen in Betriebsvorrichtungen (z.B. Tennisnetz, besonderer Bodenbelag u. Ä.) und Grundstücksanteil aufzuteilen oder – als weitere Möglichkeit – als einheitliche Anlage besonderer Art einzustufen waren.

Diese stark differenzierende Rechtsprechung gab der Bundesfinanzhof nunmehr mit Urteil vom 31.5.2001 – V R 97/98 auf.

Er stellte im Interesse einer einfacheren Anwendung des UStG in solchen Fällen auf die Sicht des „Durchschnittsverbrauchers“ ab, dem es in erster Linie darauf ankommt, auf der Sportanlage mit Hilfe der dafür erforderlichen Vorrichtungen den jeweiligen Sport auszuüben. Diese ihm angebotene einheitliche Leistung des Anlagenbetreibers kann ggf. auch Zusatzleistungen (Duschen/Sauna/Ruheraum) umfassen.

Es handelt sich dann nicht – auch nicht teilweise – um steuerfreie Grundstücksvermietung, sondern um einheitliche steuerpflichtige Leistungen eigener Art.

Der Entscheidung lag der Rechtsstreit einer Anlagenbetreiberin zugrunde, die den Vorsteuerabzug aus den Unterhaltungskosten in voller Höhe begehrte, aber (gemäß der bisherigen Praxis, vgl. Abschnitt 86 der Umsatzsteuerrichtlinie) zunächst nur anteilig von der Finanzverwaltung erhielt. Das dem Revisionsverfahren beigetretene Bundesministerium der Finanzen hatte sich ebenfalls für eine Vereinfachung der Besteuerung in solchen Fällen ausgesprochen. (BFH, Urt. v. 31.5.2001 - V R 97/98)

Pressemitteilung d. BFH v. 2.8.2001

GI Leitsätze

Falschbeurkundung des Notars/Straftat i.S.v. § 348 StGB/Deutsche Sprachkenntnisse

Ein Notar macht sich nicht der Falschbeurkundung im Amt schuldig, wenn er falsch beurkundet, dass ein Erschienener der deutschen Sprache hinreichend mächtig ist. (BGH, Urt. v. 25.5.2001 - 2 StR 88/01)

Kanzleiverkauf/Verschwiegenheitspflicht, § 203 StGB

Der Vertrag über den Verkauf einer Rechtsanwaltskanzlei, nach welchem der Erwerber in die bisher bestehende (Außen-)Sozietät eintritt, während der Veräußerer als freier Mitarbeiter für eine Übergangszeit weiterhin tätig sein soll, ist nicht wegen Verstoßes gegen § 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB i.V.m. § 134 BGB nichtig. (BGH, Urt. v. 13.6.2001 - VIII ZR 176/00, DStR 2001, 1262 m. Anm. Goette)

Pflichtversicherung/Versicherungslücke/Zulassung

Die anwaltliche Berufspflicht, während der Dauer der Zulassung eine Haftpflichtversicherung zu unterhalten, ist auch dann verletzt, wenn zeitweilig ein Versicherungsschutz nicht besteht. Da durch einen Widerruf der Zulassung nur künftig drohenden Vermögensschäden begegnet werden kann, kommt jedoch trotz Bestehens einer „Versicherungslücke“ ein Widerruf nicht (mehr) in Betracht, wenn der Rechtsanwalt nachweist, dass jedenfalls für die Zukunft wieder voller Versicherungsschutz besteht. (BGH, Beschl. v. 18.6.2001 - AnwZ [B] 49/00)

Anwaltschaft/Verspätete Gewährleistungsklage/Vermögensloser Schuldner/Verjährungsbeginn: erstmalige Erhebung der Einrede in Berufungsinstanz/Sekundäranspruch

1. Der Mandant, der seinen Rechtsanwalt wegen einer abgewiesenen Zahlungsklage in Regress nimmt, soll durch den Regress nicht besser gestellt werden als bei pflichtgemäßem Verhalten des Anwalts. Weist der Mandant auf einen Einwand hin nicht nach, dass der Beklagte des Ausgangsprozesses pfändbares Vermögen hat, muss die auf Zahlung gerichtete Regressklage als derzeit unbegründet abgewiesen werden. Die Ersatzpflicht des Rechtsanwalts für den Fall, dass der Beklagte des Ausgangsprozesses pfändbare Habe erlangt, kann festgestellt werden.

2. Der primäre Regressanspruch gegen den Rechtsanwalt verjährt in drei Jahren vom Zeitpunkt der Anspruchsentstehung an. Klagt der Rechtsanwalt im Ausgangsprozess eine verjährte Forderung ein, ist der Schaden des Mandanten schon mit Ablauf der Verjährung entstanden, auch wenn der Mandant den Ausgangsprozess in erster Instanz gewonnen hat und weder er noch sein Anwalt die Verjährungsproblematik erkannt hatten. Wird die Verjährungseinrede in der zweiten Instanz des Ausgangsprozesses erhoben und führt erst das zu einem Forderungsausfall des Mandanten, kann eine primäre Regressmöglichkeit ihrerseits schon verjährt sein.

3. Ein sekundärer Regressanspruch ist gegeben, wenn der Rechtsanwalt, der eine verjährte Forderung eingeklagt hat, die Klage während des Laufs der Primärverjährung erweitert und dabei eine gebotene Schlüssigkeitsprüfung unterlässt, die sein Fehlverhalten aufgedeckt und Anlass gegeben hätte, seinen Mandanten auf eine Regresshaftung hinzuweisen. (OLG Düsseldorf, Urt. v. 8.1.2001 - 9 U 107/00, OLG-Report 2001, 351)

Angestellter Rechtsanwalt/Vergütung/Sittenwidrigkeit/1.300 DM brutto

Erhält ein angestellter Rechtsanwalt (Berufsanfänger) für eine vertraglich vereinbarte wöchentliche Arbeitsleistung von 35 Stunden eine Vergütung von 1.300 DM brutto, ist dies sittenwidrig. An Stelle der vereinbarten Vergütung tritt die übliche Vergütung. (Hessisches LAG, Urt. v. 28.10.1999 - 5 Sa 169/99, DStR 2001, 839; 1. Instanz: ArbG Hersfeld, GI 2000, 95)

Verjährung, Anwaltsregress, § 51b BRAO

- Prozessfehler, Berufungsbegründungsfrist
 - Wiedereinsetzungsverfahren
 - Belehrungspflicht über Verjährungsfrist i.S.d. § 51b BRAO
 - Belehrungsbedürftigkeit nach Bitte um Verjährungsverzicht?
- (BGH, Urt. v. 27.1.2000 - IX ZR 354/98)

Leitsätze:

1. Die sekundäre Hinweispflicht des Rechtsanwalts, der sich gegenüber dem Mandanten möglicherweise schadenersatzpflichtig gemacht hat, hat sich zumindest in allgemeiner Form auf die kurze Verjährung des § 51 BRAO a.F. (§ 51b BRAO n.F.) zu erstrecken.
2. Der Umstand allein, dass der Mandant den Rechtsanwalt um Verzicht auf die Einrede der Verjährung bittet, lässt nicht den Schluss zu, der Mandant brauche über die kurze Verjährungsfrist des § 51 BRAO a.F. (§ 51b BRAO n.F.) nicht belehrt zu werden.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger beauftragte den verklagten Rechtsanwalt mit der Durchführung der Berufung gegen ein Urteil des Landgerichts, mit dem eine Schadenersatzklage des Klägers überwiegend abgewiesen worden war. Der Beklagte versäumte die am 24.5.1994 ablaufende Berufungsbegründungsfrist. Seinen Wiedereinsetzungsantrag lehnte das Oberlandesgericht mit Beschluss vom 27.6.1994 ab; gleichzeitig verwarf es die Berufung. Der Beschluss wurde dem Kläger am 7.7.1994 zugestellt. Dessen sofortige Beschwerde wies der Bundesgerichtshof mit Beschluss vom 8.11.1994 zurück.

Bereits mit Schreiben vom 19.7.1994 hatte der Beklagte dem Kläger Folgendes mitgeteilt: „Pflichtgemäß mache ich Sie darauf aufmerksam, dass Sie mich wegen eines etwaigen Schadens, der durch ein Verschulden der Kanzlei entstehen sollte, haftbar machen können.“

Mit der am 14.7.1997 eingereichten und am 23.7.1997 zugestellten Klage hat der Kläger den Beklagten auf Schadenersatz wegen der Verletzung anwaltlicher Pflichten in Anspruch genommen. Landgericht und Oberlandesgericht haben die Klage wegen Verjährung abgewiesen.

Hiergegen wendet sich der Kläger mit seiner Revision. Das Rechtsmittel führt zur Aufhebung des Berufungsurteils und Zurückverweisung der Sache.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht hat ausgeführt, der primäre Schadenersatzanspruch des Klägers wegen Schlechterfüllung des Anwaltsvertrags sei gemäß § 51b BRAO (in der Fassung des Gesetzes zur Neuordnung des Berufsrechts der Rechtsanwälte und der Patentanwälte vom 2.9.1994) verjährt.

Mit Ablauf der Wiedereinsetzungsfrist des § 234 Abs. 1 ZPO, spätestens aber mit der am 7.7.1994 erfolgten Zustellung des die Wiedereinsetzung versagenden Beschlusses des Oberlandesgerichts, sei der geltend gemachte Schaden entstanden und habe der Lauf der Verjährungsfrist begonnen. Drei Jahre später, am 7.7.1997, sei Verjährung eingetreten. Die Klageerhebung sei zu spät gekommen.

Ein Sekundäranspruch, der gegebenenfalls den Beklagten daran hindere, die Einrede der Verjährung zu erheben, stehe dem Kläger nicht zu. Denn der Beklagte habe in seinem Schreiben vom 19.7.1994 den Kläger darauf aufmerksam gemacht, dass er ihm möglicherweise wegen Anwaltsverschuldens haftbar sei. Damit sei der Kläger ausreichend über seine Rechte unterrichtet gewesen.

Einer von ihm selbst – „zur Vermeidung der Verjährung“ – eingereichten „Klage“ vom 30.12.1995 und der am 3.3.1997 telefonisch geäußerten Bitte, auf die Einrede der Verjährung zu verzichten, habe sich immerhin entnehmen lassen, dass dem Kläger die Verjährungsproblematik als solche bekannt gewesen sei. Ein Hinweis auf die Dauer der Verjährungsfrist sei nicht erforderlich gewesen.

II.

Diese Ausführungen halten einer rechtlichen Überprüfung in wesentlichen Punkten nicht stand.

1. Unbegründet sind allerdings die von der Revision erhobenen Bedenken gegen die Annahme, der Primäranspruch sei verjährt.

Im vorliegenden Fall ist der Schaden in jedem Falle vor der Beendigung des dem Beklagten erteilten Mandats eingetreten. Zwar ist nicht festgestellt, wann das Mandat geendet hat. Es hat aber jedenfalls bei der Zurückweisung der sofortigen Beschwerde durch Beschluss des Bundesgerichtshofs vom 8.11.1994 noch bestanden, weil der Beklagte im Rubrum dieses Beschlusses als Bevollmächtigter des Klägers aufgeführt ist. Gemäß § 51 BRAO a.F. verjährte der Primäranspruch deshalb in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Schaden entstanden ist.

Nach Meinung der Revision ist der Schaden erst mit der Zurückweisung der sofortigen Beschwerde gegen die Verwerfung der Berufung eingetreten. Dieser Meinung kann nicht gefolgt werden.

Die früher geäußerte Meinung, dass durch ein fehlerhaftes Prozessverhalten eines Rechtsanwalts, das zu einer für den Mandanten nachteiligen Gerichtsentscheidung führe, ein Schaden regelmäßig nicht eintrete, solange eine Änderung der Entscheidung in einem weiteren Rechtszug zugunsten des Mandanten nicht auszuschließen sei (BGH, Urt. v. 9.7.1992 – IX ZR 50/91, NJW 1992, 2828, 2829), hat der Senat aufgegeben. Er hat vielmehr angenommen, dass sich die Vermögenslage des Auftraggebers in der Regel bereits mit der ersten ihm nachteiligen Gerichtsentscheidung infolge des Fehlverhaltens seines Beraters verschlechtere. Eine Unsicherheit, ob der Schaden bestehen bleibe und endgültig werde, sei dafür unerheblich (so zur Steuerberaterhaftung: BGH, Urt. v. 12.2.1998 – IX ZR 190/97, WM 1998, 786, 788; zur Anwaltshaftung: Urt. v. 9.12.1999 – IX ZR 129/99, z.V.b.).

Es spricht viel dafür, dass im vorliegenden Fall ein Schaden des Klägers bereits mit dem Ablauf der Berufungsbegründungsfrist eingetreten ist (dafür: OLG Karlsruhe, MDR 1990, 336, 337; Zuehör, Handbuch der Anwaltshaftung 1999, Rdnr. 1236; Borgmann/Haug, Anwaltshaftung 3. Aufl., Kap. X Rdnr. 17, 19 u. 20; Feuerich/Braun, BRAO 4. Aufl., § 51b Rdnr. 20; Henssler/Prütting, BRAO, § 51b Rdnr. 43; vgl. auch für die Versäumung der Frist zum Einspruch gegen ein Versäumnisurteil BGH, Urt. v. 21.9.1995 – IX ZR 228/94, NJW 1996, 48, 50).

Das braucht hier aber nicht entschieden zu werden. Bei der gebotenen wertenden Betrachtung ist der Kläger spätestens geschädigt worden, als die Berufung mit Beschluss vom

27.6.1994 verworfen wurde. Diese Schädigung entfiel nicht wegen der Möglichkeit, dass der sofortigen Beschwerde gegen die Ablehnung des Wiedereinsetzungsantrags stattgegeben werden konnte (vgl. BGH, Urt. v. 9.12.1999 – IX ZR 129/99, z.V.b., m.w.N.).

Die ab 7.7.1994 (Tag der Zustellung des Verwerfungsbeschlusses) laufende Verjährungsfrist ist nicht durch die „Klage“ vom 30.12.1995 unterbrochen worden. Es handelte sich nicht um eine wirksame Klage, weil sie weder einen bestimmten Antrag enthielt noch den Klagegrund erkennen ließ noch – weil der Kläger auch keinen Vorschuss einzahlte – der Gegenseite zugestellt wurde.

2. Zu Recht rügt die Revision die Ablehnung eines **Sekundäranspruchs** als rechtsfehlerhaft.

a) Das Berufungsgericht hat nicht verkannt, dass der Beklagte vor Beendigung des Mandats spätestens aufgrund der Zurückweisung des Wiedereinsetzungsgesuchs und der Verwerfung der Berufung begründeten Anlass hatte zu prüfen, ob er durch eine Pflichtverletzung den Kläger geschädigt hat, und diesen entsprechend zu informieren.

b) Nicht gefolgt werden kann dem Berufungsgericht indes in der Ansicht, mit der Bemerkung in dem Schreiben vom 19.7.1994 habe der Beklagte seiner sekundären Hinweispflicht genügt. Zur Erfüllung dieser Pflicht gehört nicht nur, dass der Rechtsanwalt offen legt, er habe möglicherweise seine Pflichten verletzt und könne von dem Mandanten deswegen in Anspruch genommen werden.

Der Anwalt schuldet auch einen Hinweis darauf, dass der Anspruch einer Verjährungsfrist von drei Jahren, gerechnet ab Schadeneinstellung, unterliegt (BGHZ 94, 380, 386; BGH, Urt. v. 20.5.1975 – VI ZR 138/74, NJW 1975, 1655, 1656 f; v. 18.9.1986 – IX ZR 204/85, NJW 1987, 326; v. 14.11.1991 – IX ZR 31/91, NJW 1992, 836, 837; v. 21.9.1995 – IX ZR 228/94, a.a.O.).

Ob der Rechtsanwalt regelmäßig gehalten ist oder zumindest im Einzelfall gehalten sein kann, nähere Angaben zum Beginn oder Ende der Verjährung zu machen (vgl. dazu BGH, Urt. v. 18.9.1986 – IX ZR 204/85, a.a.O., 327; Zuehör, a.a.O., Rdnr. 1253), braucht im vorliegenden Fall nicht entschieden zu werden. Denn hier ist der Beklagte auf die Verjährungsfrist überhaupt nicht eingegangen.

Zwar entfällt die Pflicht zum Hinweis auf die kurze Verjährungsfrist, wenn der Anwalt davon ausgehen darf, dass der Mandant die entsprechende Kenntnis hat (BGH, Urt. v. 21.9.1995 - IX ZR 228/94, a.a.O.; v. 15.4.1999 - IX ZR 328/97, WM 1999, 1330, 1335 f). Entgegen der Auffassung des Berufungsgerichts hatte der Beklagte aber keine ausreichenden Anhaltspunkte für die Annahme, dass der Kläger über die Verjährung des Schadenersatzanspruchs Bescheid wisse.

Aus der Einreichung der „Klageschrift“ vom 30.12.1995 - die zeitlich später liegt als das Schreiben vom 19.7.1994, die also für den vom Beklagten bei Abfassung dieses Schreibens zu berücksichtigenden Kenntnisstand des Klägers unmittelbar nicht von Bedeutung ist - ergibt sich mit hinlänglicher Sicherheit nur, dass der Kläger damit rechnete, sein Ersatzanspruch unterliege grundsätzlich einer Verjährung. Dass er die Kürze der Verjährungsfrist gekannt habe, folgt daraus nicht.

Nach Ansicht des Berufungsgerichts lässt die versuchte Klageerhebung des Klägers erkennen, er habe „sogar mit einer kürzeren Verjährungsfrist, als in § 51b BRAO bestimmt“, gerechnet. Dieser Ansicht ist jedoch nicht zuzustimmen, weil allein das Datum des Klageversuchs keine sicheren Rückschlüsse auf den Kenntnisstand des Klägers erlaubt und dieser im Folgenden auch untätig geblieben ist.

Die Kenntnis des Klägers von der kurzen Verjährung folgte aus der Sicht des Beklagten ferner nicht aus der am 3.3.1997 - also wiederum erst nach dem Schreiben vom 19.7.1994 - telefonisch geäußerten Bitte, auf die Einrede der Verjährung zu verzichten. Dass der Kläger nach Erhalt des abschlägigen Schreibens des Beklagten vom 4.3.1997 nicht sogleich die notwendigen rechtlichen Schritte einleitete, legte vielmehr das Gegenteil nahe.

Der Bildungsstand des Klägers, eines **Diplom-Chemikers**, durfte - entgegen der Annahme des Berufungsgerichts - dem Beklagten ebenfalls nicht die Überzeugung vermitteln, jener sei über die Verjährungsregelung des § 51 BRAO a.F. im Bilde.

Für die Verletzung der sekundären Hinweispflicht genügt jedes **Verschulden**, also auch leichte Fahrlässigkeit (BGHZ 94, 380, 387). Von ihr ist auszugehen: Dem Beklagten musste Bestehen und Umfang seiner Hinweispflicht bekannt sein. Bei Anwendung pflichtgemäßer

Sorgfalt hätte er zudem erkennen können, dass das Verhalten des Klägers keine sicheren Rückschlüsse auf seine Kenntnis von der kurzen Verjährungsfrist zuließ.

Unter solchen Umständen entfällt der Sekundäranspruch des Mandanten nicht schon dann, wenn dieser nach seinen - hier nicht einmal festgestellten - Rechtskenntnissen den Zeitpunkt der Verjährung hätte erkennen können; das würde nicht einmal für die Annahme eines Mitverschuldens ausreichen (BGH, Urt. v. 15.4.1999 - IX ZR 328/97, a.a.O., 1336 m.w.N.).

(...)

Steuerberaterhaftung

- Domizilgesellschaft Liechtenstein
- Belehrungspflichten
(OLG München, Urt. v. 19.1.2001 - 21 U 2483/00)

Leitsätze:

1. Der Umfang der Pflichten eines Steuerberaters muss - wenn nicht ausdrückliche Vereinbarungen bestehen - aus den jeweiligen Umständen des Einzelfalles abgeleitet werden. Dies gilt auch bei einem Dauermandat.
2. Der Steuerberater muss, sobald sich konkrete Anhaltspunkte dafür ergeben, dass steuerschädliche Fehler begangen werden, dafür sorgen, dass der Betroffene auf die sich hieraus ergebenden Risiken hingewiesen wird und ihm Vorschläge unterbreitet werden, auf welche Weise Abhilfe geschaffen werden kann (hier: Hinweis auf die Probleme von in Liechtenstein ansässigen Domizilfirmen).

Aus den Gründen:

(...)

3. Der Beklagte hat seine Pflichten, die sich aus dem Dauermandat als Steuerberater des Klägers und der speziellen Beauftragung mit der Ausarbeitung des Exklusivvertrages zwischen der Fa. S. und der Fa. L. ergeben hatten, verletzt.

Der Steuerberater ist verpflichtet, sich mit den steuerlichen Punkten zu befassen, die zur pflichtgemäßen Erledigung des ihm erteilten

Auftrages zu beachten sind. In den hierdurch gezogenen Grenzen hat er den Auftraggeber ungefragt über die bei der Bearbeitung aufgetretenen steuerlichen Fragen zu belehren (BGH v. 26.1.1995 - IX ZR 10/94, BGHZ 128, 358, 361 = MDR 1995, 416).

Sobald und soweit sich für den Steuerberater konkrete Anhaltspunkte dafür ergeben, dass **steuerschädliche Fehler** begangen werden, muss er dafür sorgen, dass der Betroffene auf die sich daraus ergebenden Risiken hingewiesen wird und ihm Vorschläge unterbreitet werden, auf welche Weise Abhilfe geschaffen werden kann (BGH v. 11.5.1995 - IX ZR 130/94, NJW 1995, 2842, 2843 = MDR 1995, 1170).

Die Aufgabe des Beklagten wäre es gewesen, die von ihm zunächst erkannten Bedenken in Bezug auf die steuerlichen Aspekte von Verträgen mit Liechtensteinischen Gesellschaften weiter zu verfolgen. Er hätte auf die Problematik, die sich aus den gesteigerten Mitwirkungspflichten gemäß §§ 90 Abs. 2, 160 Abgabenordnung bei Auslandsgeschäften, insbesondere mit Liechtenstein, ergibt, konkret hinweisen, die Möglichkeit der Nachfrage bei der **Informationszentrale Ausland des Bundesamtes für Finanzen** selbst wahrnehmen oder zumindest aufzeigen und die denkbaren Folgen für die Einkommensteuerpflicht des Klägers darlegen müssen.

Für die Pflichtverletzung ist es unerheblich, ob der Beklagte zunächst im Rahmen der Verhandlungen in Liechtenstein seine anfänglichen Bedenken auch gegenüber dem Kläger geäußert hatte. Gerade dann wurde vom Beklagten das Vertrauen beim Kläger geschaffen, der Beklagte habe auch diese Problematik erkannt, werde sie prüfen und gegebenenfalls detailliert darlegen.

4. Der Beklagte hat die Pflichtverletzung auch schuldhaft begangen (§ 276 BGB).

Als Steuerberater hätte der Beklagte die Problematik der in Liechtenstein ansässigen Domizilgesellschaften („Briefkastenfirmen“) erkennen und die Einschätzung der speziellen Gesellschaft durch die deutsche Finanzverwaltung durch Nachfrage bei der Informationszentrale Ausland des Bundesamtes für Finanzen klären müssen.

Der Beklagte konnte und durfte auch nicht darauf vertrauen, dass Probleme deshalb nicht bestehen könnten, weil es nach seiner Einschätzung ein normales Warenhandelsgeschäft war. Hier hätte der Beklagte erkennen müssen, dass

sich die Probleme schon aus der Pflicht zur Beschaffung von Beweismitteln durch den Steuerpflichtigen bei Auslandsgeschäften gemäß § 90 Abs. 2 Abgabenordnung ergeben könnten.

Aus dem vorgerichtlichen Schreiben des Beklagten an den Klägerevertreter ist auch ersichtlich, dass sich der Beklagte im Regelfall auch anders verhalten hätte. Der Pflichtenverstoß wurde von ihm zumindest fahrlässig begangen.

(...)

Honoraranspruch des Rechtsanwalts

- Zeitgebühr
- Aufzeichnungen
- Schlüssige Darlegung im Honorarprozess
- Vereinbarung

(OLG Karlsruhe, Urt. v. 8.11.2000 - 9 U 44/00)

Leitsatz:

Bei Vereinbarung eines Stundenhonorars für ein umfangreiches Anwaltsmandat müssen bei Streit über die Berechtigung der Vergütung der Inhalt der Mandate, die Aufgaben, die Ziele sowie die getroffenen Maßnahmen im Einzelnen dargelegt werden. Eine pauschale Beschreibung der Aufgaben und ohne Beziehung zu Leistungen gefertigte Stundenaufschriebe reichen nicht aus.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger nimmt die Beklagte auf Anwalts-honorar in Anspruch. Dieses wurde im Wesentlichen, gestützt auf eine Honorarvereinbarung vom 3.11.1995, nach einem Stundensatz von 180 DM berechnet.

Die Beklagte beauftragte Anfang 1993 den Kläger mit der Wahrnehmung ihrer Interessen. Die Parteien unterzeichneten am 3.11.1995 eine Honorarvereinbarung, nach der in der Mandatsangelegenheit Erbanteil der Beklagten am Nachlass des A. und damit im Zusammenhang stehenden weiteren Mandatsangelegenheiten eine Zeitgebühr von 180 DM pro Anwaltsstunde zuzüglich Auslagen, Unkosten und Abwesenheitsgeld zu zahlen ist.

Gegenstand der Klage sind im Wesentlichen Rechnungen des Klägers vom 5.8.1996 über 11.593,16 DM, mit der 64 Stunden für den Zeitraum 15.5.1996 bis 15.8.1996 berechnet wurden, eine Rechnung vom 22.6.1998 über 5.858,40 DM mit 32 Stunden in dem Zeitraum 8.8.1996 bis 6.11.1996.

Der Kläger hat geltend gemacht, die Honorarvereinbarung sei nicht zu beanstanden. Sie sei dadurch veranlasst worden, dass der Gegenstand seiner Beauftragung gebührenrechtlich schwer zu fassen gewesen sei und es sich um Einzelmandate mit jeweils unklarem Gegenstandswert gehandelt habe. Er hat unter Bezugnahme auf Stundenaufstellungen und die Möglichkeit der Prüfung anhand seiner Handakten behauptet, die in Rechnung gestellten Stunden für die Bearbeitung der jeweiligen Mandate aufgewendet zu haben.

Die Beklagte hat die Berechtigung der vom Kläger in Rechnung gestellten Vergütung bestritten und im Übrigen geltend gemacht, die Gebührenvereinbarung sei unwirksam.

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen. Es hat offen gelassen, ob die auf Stundenbasis abgerechneten Honorare deswegen nicht gefordert werden können, weil die zugrunde liegende Vereinbarung gemäß § 138 Abs. 1 BGB nichtig ist. Die Klage sei jedenfalls deshalb nicht begründet, weil der Kläger nicht in nachvollziehbarer Weise dargelegt habe, welchen Inhalt und welchen Umfang das ihm erteilte Mandat bzw. die ihm erteilten Mandate hatten und inwiefern bei ihrer Bearbeitung die abgerechneten Stunden jeweils für welche Tätigkeit angefallen sind.

Gegen dieses Urteil hat sich der Kläger mit seiner Berufung gewendet. Der Auftrag der Beklagten habe zunächst zum Inhalt gehabt, die Vollständigkeit des vom Testamentsvollstrecker auf einem amtlichen Vordruck zusammengestellten Nachlassverzeichnisses festzustellen. Die zum Nachlass gehörende GmbH und Anteile an anderen Gesellschaften, Immobilien, Wertpapiere, Lebensversicherungen usw. hätten mittels Status u.a. aufgeklärt werden müssen. Spezielle Steuersachen hätten geklärt werden und umfangreiche Besprechungen hätten stattfinden müssen, um die notwendigen Klärungen zu erreichen. Bezüglich der Anzahl der Stunden hat er seinen Beweisantrag durch Vorlage der Handakte wiederholt. Im Übrigen sei unter Beweis gestellt, dass seine Abrechnungen auf Honorarbasis sehr entgegenkommend erfolgt seien.

Die Berufung des Klägers hatte keinen Erfolg.

Aus den Gründen:

Der Kläger kann von der Beklagten nicht die nach Stunden abgerechneten Honorare beanspruchen.

Es bedarf keiner Erörterung, ob die den Honorarnoten zugrunde liegende Vereinbarung vom 3.11.1995 wirksam ist. **Es ist allerdings bereits ungewöhnlich, dass rückwirkend für einen Zeitraum von 2 1/2 Jahren eine Abrechnung nach Stunden vereinbart wurde.** Zum einen bestand mangels entsprechender Vereinbarung für diesen Zeitraum kein Anlass, den Zeitaufwand für einzelne Tätigkeiten zu registrieren. Zum anderen konnten, so die Stunden doch festgehalten wurden, diese in der Vereinbarung benannt und das Honorar berechnet werden. Es ist daher nahe liegend, dass die Beklagte in Bezug auf eine sonst nur mögliche Abrechnung der gesetzlichen Gebühren nach einzelnen Aufträgen die Tragweite nicht erkennen konnte und dem Kläger dies bewusst war.

Diese Fragen bedürfen aber keiner Vertiefung, da der Kläger auch im Berufungsverfahren nicht im Einzelnen dargetan hat, welchen Inhalt das ihm erteilte Mandat oder ihm erteilte Einzelmandate hatten und welche Aufgaben er im Einzelnen, insbesondere welche genauen Ziele er zu verfolgen hatte. Auch die im Berufungsverfahren geschilderten Problemfelder lassen nicht erkennen, welche Einzelaufgaben mit welchen Zielsetzungen der Kläger gegenüber der Beklagten übernommen hatte und mit welchen Maßnahmen und hieraus resultierendem Zeitaufwand er diesen Aufgaben nachgekommen ist.

Allein die pauschale Beschreibung seiner Aufgaben und die ohne Beziehung hierzu gefertigten Stundenaufschriebe ermöglichen keine Prüfung der Berechtigung der aufgelisteten Arbeitsstunden des Klägers und keinen Vergleich mit den gesetzlichen Gebühren.

Auch ein Blick in die Handakte führt insoweit nicht weiter. Es reicht nicht aus, dass der Kläger Beweis dafür antritt, dass er überhaupt in diesem Umfang Arbeitsstunden aufgewendet hat und mit der Beklagten Einvernehmen bestand. Für die Annahme eines vertraglichen Anerkenntnisses reicht der Vortrag des Klägers nicht aus.

(...)

Anwaltshaftung

- Garantie
- Doppelseitiger Treuhandvertrag
- Sachwalterhaftung
(*OLG Hamm, Urt. v. 26.9.2000 - 28 U 50/00*)

Leitsatz:

Voraussetzungen der Haftung eines Prozessbevollmächtigten gegenüber dem Prozessgegner seines Mandanten bei Abschluss einer Vollstreckungsvereinbarung aus den Gesichtspunkten des Schuldbeitritts, des Garantievertrages, des doppelseitigen Treuhandvertrages und des Verschuldens bei Vertragsschluss.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung der Klägerin ist unbegründet.

Der Klägerin steht der geltend gemachte Klageanspruch weder gemäß § 325 BGB wegen der Unmöglichkeit einer vom Beklagten im Wege des Schuldbeitritts übernommenen Herausgabeverpflichtung noch aufgrund einer Garantiezusage noch gemäß den Grundsätzen der positiven Vertragsverletzung wegen der Verletzung der Pflichten aus einem zwischen den Parteien begründeten Treuhandverhältnis oder gemäß den Grundsätzen des Verschuldens bei Vertragsschluss, die als einzige Anspruchsgrundlagen in Betracht kommen, zu.

I.

Die Klägerin kann von dem Beklagten keine Zahlung von 53.591,96 DM gemäß § 325 BGB beanspruchen.

Der Beklagte ist keiner rechtsgeschäftlichen Verpflichtung der Firma S., der Klägerin die von der Sparkasse H. unter dem 22.4.1996 auf den Namen der Klägerin ausgestellte Urkunde einer Prozessbürgschaft zur Abwendung der Zwangsvollstreckung aus dem Urteil des Landgerichts zu übersenden, beigetreten, deren Erfüllung er sich schuldhaft unmöglich gemacht hätte.

1. Es könnte schon zweifelhaft sein, ob zwischen der Klägerin und dem Inhaber der Firma S. eine bindende vertragliche Verpflichtung, die Prozessbürgschaft der Sparkasse H. der Klägerin zu übersenden, begründet worden ist, der der Beklagte im Wege der **Schuldmitübernahme** beitreten konnte.

a) Der Wortlaut des Schreibens des Beklagten vom 28.4.1997 legt allerdings ein mit Rechtsbindungswillen erfolgtes Angebot der Firma S. nahe, sich zur Übergabe des Originals der Bürgschaftsurkunde, deren Übergabe grundsätzlich erst den Bürgschaftsvertrag zwischen der Klägerin und der Sparkasse H. begründet hätte (vgl. *BGH v. 30.7.1997 - VIII ZR 244/96, NJW 1997, 3169, 3170 = MDR 1997, 1006*), rechtsverbindlich zu verpflichten.

In diesem Schreiben heißt es ausdrücklich: „Unter dieser Voraussetzung verpflichtet sich Herr S., vertreten durch den Rechtsanwalt E., zur Übersendung der Bürgschaftsurkunde im Original.“

Ein sorgfältiger und verständiger Erklärungsempfänger kann bei objektiver Betrachtung grundsätzlich davon ausgehen, dass ein Anwalt die von ihm benutzten Rechtsbegriffe in ihrer gewöhnlichen Rechtsbedeutung verwenden will. Der Begriff „verpflichtet sich“ steht aber im juristischen Sprachgebrauch, insbesondere wenn er unter Hinweis auf eine in der Regel bei rechtsgeschäftlichen Willenserklärungen erfolgende „Vertretung“ verwandt wird, für die Übernahme einer rechtsgeschäftlich bindenden Begründung einer Forderung für den Erklärungsempfänger.

b) Zwar besitzt der **Wortlaut einer Erklärung einen äußerst gewichtigen Anhaltspunkt für die Ermittlung ihres Bedeutungsgehaltes** (vgl. *Palandt/Heinrichs, BGB 59. Aufl., § 133 Rz. 14; BGH v. 18.5.1998 - II ZR 19/97, NJW 1998, 2966; v. 3.11.1993 - VIII ZR 106/93, NJW 1994, 188, 189 = MDR 1994, 136; OLG Düsseldorf v. 1.12.1998 - 3 Wx 546/97, NJW-RR 1998, 515 = OLGR Düsseldorf 1998, 181*), so dass insbesondere bei geschäftsgewandten Personen, zu denen der Anwalt zählt, nur gewichtige Umstände eine vom Wortlaut abweichende Auslegung erlauben.

Dennoch darf gemäß der ausdrücklichen Regelung der §§ 133, 157 BGB eine Auslegung nicht am buchstäblichen Sinne eines Ausdruckes haften, sondern sie hat so zu erfolgen, wie es Treu und Glauben unter Berücksichtigung der Verkehrssitte erfordern.

Insoweit ist aber insbesondere auch das **Gebot der beiderseits interessengerechten Auslegung** (vgl. *BGH v. 27.10.1998 - X ZR 116/97, NJW 1999, 418, 420 = MDR 1999, 792; v. 16.10.1996 - VIII ZR 54/96, NJW-RR 1997, 304 = MDR 1997, 229*) zu beachten.

Die beiderseitigen Interessenlagen der Klägerin und der Firma S. verlangten keine Begründung eines die Firma S. etwa mit der Sanktionsfolge des § 325 BGB zur Erfüllung verpflichtenden Forderungsrechtes der Klägerin. Zwar bedurfte die gewünschte Rechtsfolge, dass die Firma S. die von der Klägerin angekündigte Zwangsvollstreckung aus dem landgerichtlichen Urteil durch eine Sicherheitsleistung abwenden durfte, des Abschlusses eines vollstreckungsrechtlichen Vertrages zwischen den Prozessparteien. Die in § 711 ZPO vorgesehene gesetzliche Befugnis des Titelschuldners, die Zwangsvollstreckung aus einem für den Gläubiger ohne Sicherheitsleistung vorläufig vollstreckbaren Urteil durch eigene Sicherheitsleistung abwenden zu dürfen, konnte die Firma S. nicht für sich in Anspruch nehmen.

Das Urteil des Landgerichts war vielmehr gemäß § 709 ZPO nur gegen eine Sicherheitsleistung der Klägerin vorläufig vollstreckbar, die grundsätzlich der Firma S. eine ausreichende Sicherheit gegen eine unberechtigte Zwangsvollstreckung bot. Sollte eine solche dem Titelschuldner dennoch eingeräumt werden, so bedurfte es einer entsprechenden vollstreckungsrechtlichen Vereinbarung.

Insoweit bestand aber kein Bedürfnis, diese vollstreckungsrechtliche Vereinbarung in die Form eines materiell-rechtlichen Austauschvertrages zu kleiden, bei dem die Firma S. eine bindende Verpflichtung zur Stellung einer Prozessbürgschaft als Gegenleistung für einen bindenden – vorläufigen – Verzicht (Stundung; Stillhalteabkommen) der Klägerin auf ihr Vollstreckungsrecht übernahm.

Durch die Begründung einer solchen materiell-rechtlichen Verpflichtung der Firma S. wurde einerseits die Rechtsposition der Klägerin vollstreckungsrechtlich nicht gestärkt. Wenn sich die Firma S. durch die Nichterfüllung dieser Verpflichtung schadenersatzpflichtig machte, bot dieser Schadenersatzanspruch keine besseren Befriedigungsmöglichkeiten als der ohnehin schon erwirkte Vollstreckungstitel.

Andererseits gab es auch keinen besonderen Grund für die Klägerin, allein wegen der angebotenen Übersendung der Prozessbürgschaft schon vorab verbindlich auf eine Vollstreckung – vorläufig – so zu verzichten, dass sie sich etwa erst durch einen Rücktritt gemäß § 326 BGB von dieser Verpflichtung lösen oder entsprechend den Grundsätzen der Stundung ihre Erklärung

nur bei einer ernsthaften Gefährdung ihrer Ansprüche widerrufen konnte (vgl. insoweit BGH v. 5.3.1981 – III ZR 125/80, NJW 1981, 1666, 1667).

Angesichts der bereits vorliegenden Bürgschafts-urkunde reichte es vielmehr für die Belange beider Parteien aus, wenn die Klägerin der Firma S. vertraglich die gesetzliche Abwendungsbefugnis des § 711 ZPO einräumte. Diese hätte es der Firma S. auch ohne einen vorab ausgesprochenen Verzicht oder eine Stundung ermöglicht, einer Vollstreckung der bei einer Verzögerung der Übersendung der Urkunde ungeduldig gewordenen Klägerin durch die Übergabe der Prozessbürgschaft an den Gerichtsvollzieher entgegenzuwirken.

Dementsprechend hat die Klägerin in dem Schreiben ihrer Anwälte vom 30.4.1997, mit dem sie das vom Beklagten namens der Firma S. abgegebene „Angebot“ vom 28.4.1997 annahm, auch mit keinem Wort einen Verzicht auf ihr Vollstreckungsrecht erwähnt. Sie hat sich vielmehr allein verpflichtet, die übersandte Bürgschaft im Bürgschaftsfall nur unter bestimmten Voraussetzungen in Anspruch zu nehmen.

Die Klägerin ist ferner in dem Schreiben ihrer Anwälte vom 2.9.1997 auch weder in der Form des § 326 BGB von einem verbindlich erklärten – vorläufigen – Verzicht zurückgetreten noch hat sie ausdrücklich das Stillhalteabkommen oder die Stundung widerrufen, sondern sie hat wegen der bislang nicht erfolgten Übersendung nur schlicht den Beginn der Vollstreckung aus dem Titel angekündigt und sich standesrechtliche Schritte gegen den Beklagten vorbehalten.

Schließlich ist auch weder vorgetragen noch sonst ersichtlich, dass die Klägerin in Hinblick auf Zweifel an der Zuverlässigkeit der Firma S. besondere, diese verpflichtende Erklärungen verlangt hat. Die Klägerin hat vielmehr allein schon auf die in den Telefonaten des Beklagten vom 15./18.4.1997 angesprochene bloße Möglichkeit der Stellung einer Prozessbürgschaft von der angekündigten Zwangsvollstreckung zunächst abgesehen und dann der Übersendung der Urkunde „entgegengesehen“.

All diese Umstände sprechen eher dagegen, dass die Klägerin trotz des Wortlautes des Schreibens vom 28.4.1997 dieses nicht nur als Angebot zur Vereinbarung einer Abwendungsbefugnis, sondern zur Vereinbarung einer Abwendungsverpflichtung der Firma S. auffassen durfte und aufgefasst hat.

2. Diese Frage kann aber dahinstehen. Selbst wenn der Firma S. durch die Vereinbarung vom 28./30.4.1997 nicht nur eine sie lediglich berechtigende Abwendungsbefugnis eingeräumt worden ist, sondern durch die Vereinbarung eine Abwendungspflicht begründet worden sein sollte, so ist der Beklagte dieser Verpflichtung nicht im Wege der Schuldmitübernahme beigetreten.

Zwar hat der Beklagte in den beiden letzten Sätzen seines Schreibens vom 28.4.1997 ausdrücklich erklärt: „Danach erhalten Sie die Prozessbürgschaft im Original. Dazu verpflichte ich mich unter Berücksichtigung der anwaltlichen Standesrichtlinien und auch im Namen meines Mandanten.“

Diese Erklärung konnte aber ein sorgfältiger und verständiger Erklärungsempfänger nicht als das Angebot zu einer den Beklagten persönlich verpflichtenden Schuldmitübernahme für eine Verbindlichkeit der Firma S. auffassen.

Wenn – wie schon dargelegt – auch der Wortlaut dieser Erklärung einen gewichtigen Anhaltspunkt für die Annahme bietet, dass der Beklagte eine eigene Verpflichtung eingehen wollte, so ist er doch schon für die Ermittlung der Rechtsnatur dieser „Verpflichtung“ unergiebig. Dass sie in der Form einer Schuldmitübernahme erfolgen sollte, ist nicht ausdrücklich erklärt. Gegen ein solches Verständnis sprechen vielmehr in einem entscheidenden Maße die der Klägerin ersichtlichen weiteren Umstände der Angelegenheit.

Nach h.M. in der Rechtsprechung (vgl. OLG Hamm v. 10.2.1993 – 12 U 167/92, NJW 1993, 2625 ff = OLGR Hamm 1993, 146; LG Oldenburg v. 9.5.1995 – 5 O 180/94, NJW-RR 1996, 286 ff = GmbHR 1996, 931 = MDR 1996, 104; BGH v. 19.9.1985 – VII ZR 338/84, NJW 1986, 580 ff = MDR 1986, 223; OLG Düsseldorf v. 23.6.1994 – 18 U 225/93, OLGR Düsseldorf 1995, 1; s.a. [Fn. 2]: BGH v. 17.1.1997 – V ZR 285/95, NJW 1997, 1231, 1232 = MDR 1997, 445) und Schrifttum (vgl. Reinicke/Tiedtke, Kreditsicherung 3. Aufl., S. 2, 3; Möschel in: Münch-Komm-BGB 3. Aufl., vor § 414 Rz. 17; Soergel/Zeiss, BGB 12. Aufl., vor § 414 Rz. 13) stellt **das eigene – wirtschaftliche oder rechtliche – Interesse des Beitretenden** daran, dass – insbesondere in Hinblick auf die vom Gläubiger erwartete Gegenleistung – die Verbindlichkeit des Schuldners getilgt wird, ein besonders gewichtiges Anzeichen für die Vereinbarung eines Schuldbeitritts dar.

Ein Anwalt nimmt aber grundsätzlich gegenüber dem Prozessgegner oder dem Vertragspartner seines Mandanten nur die Interessen seines Auftraggebers wahr und handelt so in der Regel ersichtlich nur als sein Vertreter (vgl. Zugehör, Handbuch der Anwaltschaft, Rz. 1540). Er hat keinen Anlass, etwaige Verpflichtungen seines Mandanten als eigene Verpflichtung mit zu übernehmen.

Welches besondere eigene Interesse der Beklagte an der Abwicklung des ursprünglichen Vertragsverhältnisses zwischen der Klägerin und der Firma S. und insoweit an einer Abwendung der Zwangsvollstreckung aus dem erwirkten Titel besessen haben könnte, ist von der Klägerin weder dargelegt worden noch sonst ersichtlich. **Das eigene Gebühreninteresse des Anwalts reicht jedenfalls insoweit nicht aus** (vgl. Borgmann/Haug, Anwaltschaft 3. Aufl., Rz. VI, 18; BGH v. 17.5.1990 – IX ZR 85/89, NJW 1991, 32, 33; v. 17.10.1989 – XI ZR 173/88, NJW 1990, 506 = MDR 1990, 434).

Den vom Landgericht zu Recht abgelehnten Verpflichtungsgrund einer Schuldmitübernahme hat die Klägerin denn auch in dem Berufungsverfahren nicht mehr weiter verfolgt.

II.

Der Beklagte hat die Klägerin auch nicht etwa deshalb nach den Regeln des Schadenersatzes schadlos zu halten, weil zwischen ihnen ein diese Rechtsfolge auslösender **Garantievertrag** (vgl. BGH v. 10.2.1999 – VIII ZR 70/98, NJW 1999, 1542, 1543 = MDR 1999, 689) abgeschlossen worden ist, durch den der Beklagte **eine persönliche Gewähr für den Eintritt eines bestimmten Erfolges, den Abschluss eines wirksamen Bürgschaftsvertrages zwischen der Klägerin und der Sparkasse H., übernommen hat, wegen dessen Vereitelung durch die Rückgabe der Urkunde an die Sparkasse nunmehr der Beklagte die Klägerin schadlos zu halten hätte.**

Insoweit gelten die bereits dargelegten, einen Schuldbeitritt ausschließenden Gründe in einem noch stärkeren Maße. Auch für die Abgabe eines Garantieversprechens ist das eigene wirtschaftliche Interesse des Garanten an dem Leistungsaustausch zwischen den Vertragsparteien ein wesentlicher Anhaltspunkt für die Gewährübernahme (vgl. BGH v. 12.2.1981 – IVa 103/80, NJW 1981, 2295 = MDR 1981, 826), das dem Beklagten fehlte und seine Eigenschaft als allein im Namen seines Mandanten handelnden und

lediglich dessen Interessen wahrnehmenden Beauftragten nicht berühren konnte.

Ferner hatte die Klägerin auch keine Veranlassung zu der Annahme, dass der Beklagte ohne ein besonderes, ihm erkennbares Interesse der Klägerin und ohne ihr ausdrückliches Verlangen (vgl. insoweit zur Scheckeinlösungsgarantie durch Banken BGH v. 6.5.1997 - XI ZR 135/96, NJW 1997, 2112, 2113 = MDR 1997, 763; v. 29.3.1994 - XI ZR 131/93, NJW-RR 1994, 821) von sich aus eine, zudem noch verschuldensunabhängige, Gewähr für die Aushändigung der Bürgschaftsurkunde und das Zustandekommen des Bürgschaftsvertrages übernehmen wollte.

III.

Die Klägerin kann von dem Beklagten die Zahlung von 53.591,96 DM auch nicht gemäß den Grundsätzen der positiven Vertragsverletzung eines zwischen den Parteien abgeschlossenen **Treuhandvertrages** beanspruchen. Der Beklagte hat durch sein Schreiben vom 28.4.1997 der Klägerin **nicht angeboten, einen doppelseitigen Treuhandvertrag abzuschließen, durch den er sich verpflichtete, mit der ihm von seinem Mandanten überlassenen Bürgschaftsurkunde auch zugunsten der Klägerin zu verfahren.**

Ein ausdrückliches Angebot, treuhänderisch tätig zu werden, enthält das Schreiben nicht. Das Gebot der beiderseits interessengerechten Auslegung spricht eher gegen als für ein solches Verständnis. **Der Anwalt ist grundsätzlich einseitiger Vertreter der Interessen seiner Partei, dem sogar durch die §§ 43a Abs. 4, 59b Abs. 2 Nr. 1e BRAO die Vertretung widerstreitender Interessen ausdrücklich verboten ist.**

Da eine doppelseitige Treuhand des Rechtsanwaltes diesen verpflichten kann, neben den Belangen seines Mandanten auch fremde Interessen zu wahren, die häufig gegenläufig sind (vgl. Zugehör, Handbuch der Anwaltshaftung, Rz. 1506), **ist die Übernahme einer solchen doppelseitigen Anwaltstreuhand** - entgegen der Ansicht der Klägerin - **eher eine seltenere Ausnahme, die einer besonderen Begründung bedarf** (vgl. auch OLG Hamburg v. 31.10.1997 - 14 U 79/97, OLGR Hamburg 1998, 94, 95).

Ein solches Bedürfnis kann sich etwa bei der Abwicklung einer Zug-um-Zug-Leistung ergeben, wenn beide Vertragspartner vor einer ungesicherten eigenen Vorausleistung dadurch geschützt werden sollen, dass der eingeschaltete

Anwalt als Treuhänder des jeweiligen Schuldners dessen Leistung so lange für diesen bewahrt, bis er beide Leistungsgegenstände erhalten hat und diese nunmehr Zug-um-Zug an den jeweils anderen Gläubiger übersenden kann.

Zwar hat der Senat (OLG Hamm, AnwBl 1987, 42) für einen Fall, in dem ein Mandant bei seinem Anwalt Geld als Sicherheitsleistung zur Abwendung der Zwangsvollstreckung hinterlegt hatte, das erst nach rechtskräftigem Abschluss des Verfahrens ausgekehrt werden sollte und insoweit den Prozessgegner bis zum Eintritt dieser Bedingung zu einer Vorausleistung veranlasste, eine doppelseitige Treuhandbindung des Anwaltes auch zugunsten des Prozessgegners bejaht.

Ein vergleichbares, eine **doppelseitige Treuhandbindung erforderndes Sicherungsbedürfnis** bestand für die Klägerin nicht. Sie sollte durch die Vereinbarung vom 28./30.4.1997 nicht auf eine - damals - nicht abzuschätzende Zeit bis zum rechtskräftigen Abschluss des Berufungsverfahrens vorausleistend von einer möglicherweise Erfolg versprechenden sofortigen Vollstreckung absehen.

Wie bereits dargelegt, ist schon zweifelhaft, ob die damaligen Prozessparteien überhaupt im materiellen Austauschverhältnis stehende Verpflichtungen eingegangen sind, die einem sofortigen Vollstreckungsversuch der Klägerin selbst dann entgegenstanden, wenn dem zuständigen Vollstreckungsorgan die Übergabe der Bürgschaftsurkunde nicht in der erforderlichen Form nachgewiesen werden konnte.

Selbst wenn die Klägerin aber eine sie bindende Stundung oder vorläufigen Verzicht erklärt hat, ist dies nicht für eine Zeitdauer erfolgt, die - nach den für beide Parteien bei Vertragsschluss erkennbaren Umständen - einer besonderen Absicherung durch eine von der Klägerin zuvor nicht einmal verlangte Übernahme einer Treuhandbindung auch zugunsten des Gegners bedurfte.

Die Bürgschaftsurkunde sollte nach den getroffenen Vereinbarungen gerade nicht zunächst beim Beklagten verbleiben und erst nach Abschluss des Berufungsverfahrens an die Klägerin zum Abschluss des Bürgschaftsvertrages mit der Sparkasse H. übersandt werden. Die Übersendung der dem Beklagten bereits vorliegenden Bürgschaftsurkunde konnte die Klägerin vielmehr unter Berücksichtigung ihrer erkennbaren Interessenlage, der berechtigten Belange der Firma S.

nicht entgegenstanden, unverzüglich nach Abschluss der Vollstreckungsvereinbarung durch die Annahme des Angebotes vom 28.4.1997 erwarten.

Angesichts der bisher ohnehin schon verstrichenen Zeit bedurfte der kurze Zeitraum zwischen der Bestätigung der Klägerin vom 30.4.1997 und der zu erwartenden unverzüglichen Übersendung der Bürgschaftsurkunde keiner zusätzlichen Absicherung. Dass die Parteien schon im Rahmen der vorangegangenen Telefonate und der Korrespondenz vom 28. und 30.4.1997 eine spätere Verweigerung der Übersendung in Betracht und Erwägung gezogen haben und regeln wollten, ist durch nichts belegt.

Soweit diese Verzögerung tatsächlich eingetreten ist, kommt dem für die Auslegung der gewechselten Willenserklärungen keine Bedeutung zu. Nachträgliche Entwicklungen ergeben kein unmittelbares Auslegungskriterium für den im Zeitpunkt des Zugangs der Erklärung erkennbaren Bedeutungsgehalt (*BGH v. 24.6.1988 - V ZR 49/87, NJW 1988, 2878, 2879 = MDR 1988, 1043*), sondern erlauben allenfalls gewisse Rückschlüsse auf den früheren tatsächlichen Willen und das tatsächliche Verständnis (*BGH v. 24.6.1988 - V ZR 49/87, NJW 1988, 2878, 2879 = MDR 1988, 1043; v. 16.10.1997 - IX ZR 164/96, NJW-RR 1998, 259 = MDR 1998, 113*).

Darüber hinaus lag es auch in der Hand der Klägerin, sich von einem sie möglicherweise zunächst bindenden vorläufigen Verzicht auf die Vollstreckung zeitnah zu lösen, als die angekündigte Übersendung der Urkunde trotz Nachfrage ausblieb. Ein solches Verhalten berechnete sie zum Widerruf der Stundung oder des Verzichtes. Wenn sie davon trotz der unbeantwortet gebliebenen schriftlichen und telefonischen Mahnungen, die allerdings nur durch die Schreiben vom 10.6. und 2.9.1997 belegt sind, absah, weil sie immer noch die für sie wirtschaftlich viel wertvollere Übersendung der Prozessbürgschaft erhoffte, war dies grundsätzlich ihre eigene Entscheidung.

Soweit das Verhalten des Beklagten geeignet war, in der Klägerin den Eindruck zu erwecken, er werde durch seine Beteiligung als ein den Standesrichtlinien verpflichteter Rechtsanwalt zu einer ordnungsgemäßen Abwicklung des Geschäftes beitragen, mag dies zu einer Vertrauenshaftung nach den Grundsätzen des Verschuldens bei Vertragsschluss geführt haben. Eine den Beklagten im Verhältnis zur Klägerin

persönlich treffende vertragliche Hauptleistungspflicht, ihr die ihm von seinem Mandanten überlassene Originalbürgschaftsurkunde zur Verfügung zu stellen, ist dadurch jedoch noch nicht begründet worden.

IV.

Schließlich schuldet der Beklagte der Klägerin den geltend gemachten Klageanspruch auch nicht nach den Grundsätzen des **Verschuldens bei Vertragsschluss aus dem Gesichtspunkt der Sachwalterhaftung**.

1. Es ist in Rechtsprechung und Schrifttum anerkannt, dass schon durch **Vertragsverhandlungen oder einen ihnen gleichwertigen geschäftlichen Kontakt zwischen Geschäftspartnern ein gesetzliches Schuldverhältnis begründet wird, welches die an ihm beteiligten Personen auch dann zu billiger gegenseitiger Rücksichtnahme und sorgfältigem Verhalten und bei einer zurechenbaren Enttäuschung dieses Vertrauens den dafür verantwortlichen Teil verpflichtet, den darauf beruhenden Schaden auch dann zu ersetzen** (*vgl. Stoll in: FS für v. Caemmerer, Tatbestände und Funktionen der Haftung für culpa in contrahendo, S. 435 m.w.N.; Palandt/Heinrichs, BGB 59. Aufl., § 276 Rz. 65-67*), **wenn keine vertragliche Bindung erzielt wird oder diese nicht den aufgrund des Inhaltes der Vertragsverhandlungen berechtigten Leistungserwartungen einer Partei entspricht** (*vgl. Stoll in: FS für v. Caemmerer, a.a.O., S. 460 ff*).

Allerdings liegt dem kein klar abgegrenztes einheitliches Haftungsprinzip zugrunde, sondern die Grundsätze des Verschuldens bei Vertragsschluss stellen eine Generalklausel dar, die in unterschiedlich ausgeformten Fallgruppen die gesetzlich geregelte Vertrags- oder Delikts haftung ergänzen soll (*vgl. Stoll in: FS für v. Caemmerer, a.a.O., S. 435-438*) und insoweit grundsätzlich subsidiären Charakter hat (*Palandt/Heinrichs, BGB 59. Aufl., § 276 Rz. 68*).

Ferner ist auch anerkannt, dass die Grundsätze des Verschuldens bei Vertragsschluss nicht nur eine Haftung der unmittelbaren Vertragsparteien zu begründen vermögen, sondern unter besonderen Voraussetzungen auch den Verhandlungsführer einer Partei eine persönliche Haftung treffen kann, wenn er gerade für seine Person das Vertrauen des anderen Verhandlungspartners in Anspruch nimmt und dennoch den daraus erwachsenden Pflichten nicht genügt (*vgl. Palandt/Heinrichs, BGB 59. Aufl., § 276 Rz. 92 ff*).

Diese Sachwalterhaftung kann auch einen grundsätzlich **allein die Interessen seines Mandanten wahrnehmenden Rechtsanwalt treffen, wenn er über das normale Verhandlungsvertrauen hinaus den Eindruck erweckt hat, dass gerade seine persönliche Beteiligung eine Gewähr für die ordnungsgemäße Abwicklung des angebahnten Geschäftes bietet, der Verhandlungsgegner ihm dieses Vertrauen auch entgegengebracht hatte, dessen Willensentschluss also davon beeinflusst worden ist** (vgl. Zugehör, *Handbuch der Anwaltschaftung*, Rz. 1532 ff, 1539 ff).

2. Einen solchen grundsätzlich haftungsbegründenden Vertrauenstatbestand hat der Beklagte gesetzt. Er hat sich in seinem Schreiben vom 28.4.1997 unter besonderem Hinweis auf seine standesrechtlichen Pflichten gegenüber der Klägerin **persönlich „verpflichtet“, dass diese die ihm vorliegende Bürgschaftsurkunde erhält.**

Zwar ist durch diese Erklärung, wie bereits dargelegt, zwischen dem Beklagten und der Klägerin keine unmittelbare vertragliche Hauptleistungspflicht begründet worden. Dennoch geht diese Erklärung über eine unverbindliche allgemeine Ankündigung im Rahmen des normalen Verhandlungsgesprächs hinaus und war geeignet, in der Klägerin das Vertrauen zu erwecken, dass gerade auch aufgrund der Beteiligung des Beklagten eine ordnungsgemäße Abwicklung des Geschäftes zu erwarten war.

3. Zweifelhaft ist aber schon, welche durch diesen Vertrauenstatbestand begründeten Pflichten der Beklagte verletzt haben sollte. **Die culpa in contrahendo begründet keine vertraglichen Hauptleistungspflichten, sondern löst in den jeweiligen Fallgruppen nur nebenvertragliche Aufklärungs-, Hinweis- und Rücksichtnahmeverpflichtungen aus.**

a) Die Fallgruppe, dass durch die Verletzung einer solchen Pflicht der beabsichtigte Vertrag – der Abschluss der Vollstreckungsvereinbarung zwischen der Klägerin und der Firma S. – nicht zustande gekommen ist (vgl. insoweit Palandt/Heinrichs, BGB 59. Aufl., § 276 Rz. 72 ff), liegt nicht vor. Die beabsichtigte Vereinbarung ist zwischen der Klägerin und der Firma S. auch getroffen worden. Dies gilt auch für den Fall, dass der Firma S. nicht nur eine Abwendungsbefugnis eingeräumt worden ist, sondern sie sogar eine Abwendungsverpflichtung übernommen hat, aufgrund deren die Klägerin die Übersendung der Bürgschaftsurkunde beanspruchen konnte.

Soweit die Firma S. dieser Verpflichtung nicht nachgekommen ist, ist diese Leistungsstörung nach den gesetzlichen Regeln allein zwischen den Vertragsparteien abzuwickeln. **Eine persönliche Verpflichtung zur Erfüllung dieses Anspruchs hat der Beklagte, wie bereits dargelegt, weder durch einen Schuldbeitritt noch durch den Abschluss eines eigenen Garantievertrages mit der Klägerin oder durch die Begründung eines doppelseitigen Treuhandverhältnisses übernommen.**

b) Bedenken ergeben sich gegen die Annahme, dass der Beklagte die Klägerin pflichtwidrig zum Abschluss einer für sie nachteiligen Vollstreckungsvereinbarung veranlasst und dadurch von einer sofortigen Vollstreckung des erwirkten Titels abgehalten hat (vgl. insoweit Palandt/Heinrichs, BGB 59. Aufl., § 276 Rz. 78 ff; Staudinger/Löwisch, BGB 13. Aufl., vor §§ 275 ff Rz. 77 ff).

Zwar ist anerkannt, **dass das erweckte Vertrauen in eine ordnungsgemäße Abwicklung eines Geschäftes dann nach den Grundsätzen des Verschuldens bei Vertragsschluss schadenersatzpflichtig machen kann, wenn dem anderen Teil fehlende Voraussetzungen für die Vertrauensgrundlage verschwiegen werden und dieser den Vertrag bei pflichtgemäßer Aufklärung nicht abgeschlossen hätte** (vgl. etwa BGH v. 3.4.1990 – XI ZR 206/88, NJW 1990, 1907 ff = MDR 1991, 48: Haftung eines geschäftsführenden Unternehmenssanierers, der seine Vorstrafen wegen Betruges, die Abgabe der eidesstattlichen Offenbarungsver sicherung, die Fälschung von Dienstzeugnissen und damit seine fehlende Eignung für die übernommene Aufgabe verschwiegen und unter Hinweis auf seine früheren Sanierungserfolge einen Kreditgeber zur Hingabe eines später infolge des Konkurses des Unternehmens verlorenen Darlehens bewogen hatte).

Dass dem Beklagten aber etwa schon bei den Vertragsverhandlungen eine fehlende Erfüllungsbereitschaft der Firma S. bekannt war und er diesen für die Abschlussbereitschaft der Klägerin ersichtlich bedeutsamen Umstand pflichtwidrig verschwiegen hat, behauptet die Klägerin selbst nicht. Dem Beklagten könnte allenfalls anzulasten sein, dass er fahrlässig den zwar nicht zu einer eigenen vertraglichen Bindung gegenüber der Klägerin führenden, aber dennoch vertrauensbegründenden objektiven Eindruck erweckt hat, gerade auch infolge seiner Beteiligung werde eine vertragsgemäße Abwicklung erfolgen, obwohl er subjektiv nicht bereit war, sich für die Klägerin einzusetzen.

Ob darin wirklich eine dem Beklagten zuzurechnende Verletzung einer Aufklärungspflicht über einen für den Vertragsabschluss bedeutsamen Umstand vorliegt, kann aber letztlich dahinstehen.

4. Die Klägerin hat nicht dargelegt, dass diese mögliche Pflichtverletzung des Beklagten für ihren Entschluss, die Vollstreckungsvereinbarung mit der Firma S. abzuschließen, kausal geworden ist. Die Umstände zeigen vielmehr, dass sie die Vereinbarung auch dann getroffen hätte, wenn der Beklagte den letzten Satz seines Schreibens vom 28.4.1997, in dem allein seine persönliche „Verpflichtung“ angesprochen wird, weggelassen hätte. Auch ohne dass eine solche Erklärung erfolgt wäre, hat die Klägerin schon allein auf die in den Telefongesprächen vom 15./18.4.1997 als bloße, noch abzuklärende Möglichkeit angekündigte Stellung einer Prozessbürgschaft etwa zwei Wochen bis zu dem Schreiben des Beklagten vom 28.4.1997 von einer Vollstreckung abgesehen.

Dies geschah auch mit gutem Grund. Die Aussicht, durch eine Prozessbürgschaft einen zweifelsfrei leistungsfähigen zusätzlichen Schuldner zu erhalten, überwog die Risiken einer gewissen zeitlichen Verzögerung der Vollstreckung gegen einen Schuldner mit ungewisser Haftungsgrundlage erheblich. Dass die Klägerin Zweifel an der Erfüllungsbereitschaft der Firma S. besaß und aus diesem Grunde ausdrücklich von dem Beklagten eine auch ihre Interessen berücksichtigende Beteiligung an der Abwicklung des Geschäftes verlangt und sich nur deshalb auf den Abschluss der Vollstreckungsvereinbarung eingelassen hat, behauptet sie selbst nicht.

Insbesondere bestand auch keine Veranlassung, die Klägerin nunmehr noch für die kurze Zeitspanne zwischen der für den Fall der Annahme des von dem Beklagten ausgesprochenen Angebotes angekündigten sofortigen Übersendung der Urkunde und deren Zugang zu schützen.

5. Schließlich kann auch nicht festgestellt werden, dass durch ein von dem Beklagten bei den Vertragsverhandlungen erwecktes Vertrauen ein Schaden in Höhe der geltend gemachten Klageforderung entstanden ist.

a) Die Klägerin verlangt von dem Beklagten den Ersatz des infolge der nicht übersandten Bürgschaftsurkunde entstandenen Nichterfüllungsschadens, den Ersatz des Ausfalles mit ihrer nicht durch die angebotene Prozessbürgschaft

abgesicherten titulierten Forderung. Der in seinem Vertrauen enttäuschte Verhandlungspartner kann nach den Grundsätzen des Verschuldens bei Vertragsschluss **in der Regel aber nicht den Ersatz des Erfüllungsinteresses, sondern nur den Ersatz seines Vertrauensschadens verlangen** (vgl. Palandt/Heinrichs, BGB 59. Aufl., § 276 Rz. 100).

Dies beruht darauf, dass für den Verhandelnden grundsätzlich kein Kontrahierungszwang besteht und angesichts der Freiheit seines Willensentchlusses dann die erforderliche Grundlage für die Feststellung fehlt, dass er bei pflichtgemäßem Verhalten einen Vertrag mit dem von dem anderen Teil erwarteten Inhalt abgeschlossen hätte (vgl. Stoll in: FS für v. Caemmerer, a.a.O., S. 445 f; Staudinger/Löwisch, BGB 13. Aufl., vor §§ 275 ff Rz. 75; s.a. BGH v. 24.6.1998 - XII ZR 126/96, NJW 1998, 2900, 2901 = MDR 1998, 1087; v. 8.9.1998 - X ZR 99/96, NJW 1998, 3640, 3643 f = MDR 1998, 1408).

Von dieser Regel hat die höchstrichterliche Rechtsprechung allerdings dann eine **Ausnahme** gemacht, wenn **ausnahmsweise aufgrund besonderer Umstände doch einmal verlässlich festzustellen war, welcher Vertrag mit welchem Inhalt bei pflichtgemäßem Verhalten abgeschlossen worden wäre**.

Dies ist etwa für den Fall einer Bauausschreibung durch die öffentliche Hand angenommen worden, wenn ein Bieter, der das annehmbarste Gebot abgegeben hatte und dem daher nach den Vergaberichtlinien der Zuschlag zu erteilen war, durch ein pflichtwidriges Verhalten des Amtsträgers nicht berücksichtigt worden ist (vgl. BGH v. 26.3.1981 - VII ZR 185/80, NJW 1981, 1673 = MDR 1981, 838; v. 25.11.1992 - VII ZR 170/91, NJW 1993, 520, 521 = MDR 1993, 119; v. 8.9.1998 - X ZR 99/96, NJW 1998, 3640, 3643 f = MDR 1998, 1408). Aufgrund der Rechtsgebundenheit der Verwaltung stand insoweit das Ergebnis eines pflichtgemäßen Verhaltens des Amtsträgers, die Auftragsvergabe an den Bieter mit dem annehmbarsten Gebot, fest und erlaubte die Liquidation des Erfüllungsinteresses.

Im privatrechtlichen Bereich hat der BGH die Liquidation des Erfüllungsinteresses zunächst dann zugelassen, wenn der Geschädigte nachweisen konnte, dass er bei pflichtgemäßem Verhalten des Schädigers zwar nicht mit diesem, aber mit einem Dritten einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen hätte und dadurch einen vergleichbaren Gewinn erzielt hätte

(BGH v. 2.3.1988 - VIII ZR 380/86, NJW 1988, 2234, 2236 = GmbHR 1988, 257 = MDR 1988, 668). Diese Rechtsprechung hat er dann auch auf das Verhältnis der Verhandlungspartner übertragen, wenn **aufgrund besonderer Umstände zuverlässig festgestellt werden konnte, dass bei pflichtgemäßem Handeln des Schädigers ein Vertrag mit einem bestimmten, den Leistungserwartungen des Geschädigten entsprechenden Inhalt abgeschlossen worden wäre** (BGH v. 24.6.1998 - XII ZR 126/96, NJW 1998, 2900, 2901 = MDR 1998, 1087).

Von der Voraussetzung der zuverlässigen Feststellbarkeit des bei pflichtgemäßem Verhalten vereinbarten Vertragsinhaltes hat er dann allerdings wiederum in den Sonderfällen der quasi gewährleistungsrechtlichen Abwicklung von Kauf- und Werkverträgen Abstand genommen, wenn der durch unzutreffende Angaben zum Vertragsschluss bewogene Käufer/Besteller nicht die Rückabwicklung des Vertrages begehrte, sondern an diesem festhielt und nur den **Ersatz nutzloser Aufwendungen und des Minderwertes verlangte**.

Diesen **Minderwert** hielt der BGH auch ohne den Nachweis, dass der Verkäufer/Unternehmer bei pflichtgemäßer Aufklärung über die Beschaffenheit der Sache oder des Werkes einen entsprechenden Preisnachlass gewährt hätte, für liquidationsfähig (vgl. BGH v. 12.10.1993 - X ZR 65/92, NJW 1994, 663, 664 = MDR 1994, 280; v. 8.12.1988 - VII ZR 83/88, NJW 1989, 1793, 1794 = MDR 1989, 441; v. 14.1.1993 - IX ZR 206/91, NJW 1993, 1323, 1324 = MDR 1993, 691; dazu kritisch Lorenz, NJW 1999, 1001).

b) Dass die Klägerin einen für sie günstigeren Vertragsabschluss erreicht hätte, wenn der Beklagte im Rahmen der Vertragsverhandlungen pflichtgemäß klargestellt hätte, dass er bei der Abwicklung der Vollstreckungsvereinbarung ausschließlich die Interessen seines Mandanten vertritt und sich der Klägerin gerade nicht verpflichtet fühlt, kann unter Beachtung der Rechtsprechungsgrundsätze des BGH nicht festgestellt werden.

Einen anderen als den vereinbarten Inhalt macht die Klägerin hinsichtlich der Vollstreckungsvereinbarung nicht einmal geltend. Sie ist lediglich durch die ausgebliebene Erfüllung der angekündigten/vereinbarten Vollstreckungsabwendung sowie dadurch beschwert, dass der Beklagte für diese Erfüllung keine persönliche Einstandspflicht bzw. Haftung übernommen hat.

Dass dies bei Klarstellung der Angelegenheit zu erreichen gewesen wäre, war aber gerade nicht zu erwarten. Der Beklagte besaß keinerlei Veranlassung, eine solche persönliche Verpflichtung zu übernehmen.

Bei dieser Sachlage ist aber die Ersatzpflicht nach den Grundsätzen des Verschuldens bei Vertragsschluss auf das negative Interesse beschränkt. Die Klägerin kann nur verlangen, so gestellt zu werden, wie sie stünde, wenn die Vollstreckungsvereinbarung nicht abgeschlossen worden wäre und sie sofort mit der Vollstreckung gegen die Firma S. begonnen hätte.

c) Dass eine sofortige Vollstreckung gegen die Firma S. zur vollständigen Befriedigung der Klägerin geführt hätte, ist aber nicht dargelegt. Allein die von der Sparkasse H. bewilligte Prozessbürgschaft gibt keine Anhaltspunkte für ein dem Zugriff der Klägerin damals noch offenes Vermögen der Firma S. Nach Behauptung des Beklagten, der die Klägerin nicht einmal entgegengetreten ist, ist die Bürgschaft von der Sparkasse nur wegen einer Absicherung durch die Ehefrau des Inhabers der Firma S. erteilt worden. Die Firma S. konnte nicht einmal die Kosten für die Berufung aufbringen.

Bei dieser Sachlage war aber bei einem reinen Dienstleistungsbetrieb wie der Firma S., die mit eigenen Ansprüchen ausgefallen war, kaum damit zu rechnen, dass sich Forderungen in Höhe des titulierten Anspruchs realisieren ließen. Die eidesstattliche Offenbarungsver sicherung des Firmeninhabers wäre nur früher abgegeben worden.

Fristenkontrolle

- Ganztägige Abwesenheit
 - Schriftsatz im Unterschriftenkorb
 - Weisung am Vormittag
 - Kontrolle des Fristenkalenders
- (OLG Jena, Urt. v. 19.9.2000 - 5 U 1213/00)

Leitsatz:

Ein nahezu ganztägig kanzleiabwesender Rechtsanwalt hat bei abendlicher Rückkehr in sein Büro seinen Unterschriftenkorb daraufhin durchzusehen, ob noch ein fristgebundener Schriftsatz zu unterzeichnen und bei Gericht einzureichen ist.

Zum Sachverhalt:

Mit einem am 25.7.2000 verkündeten Urteil hat das Landgericht die Klage der Klägerin, die Zahlungsansprüche über 143.997,10 DM und 152.446,03 DM hinsichtlich der Beklagten zu 1) und 11.076,70 DM hinsichtlich der Beklagten zu 2) betroffen hatte, abgewiesen. Das Urteil wurde den Prozessbevollmächtigten der Klägerin am 31.7.2000, einem Montag, zugestellt. Mit einem am 1.9.2000, einem Freitag, beim OLG eingegangenen Schriftsatz hat die Klägerin gegen das landgerichtliche Urteil Berufung eingelegt. Mit einem am 13.9.2000, einem Mittwoch, beim OLG eingegangenen Schriftsatz hat die Klägerin wegen der Versäumung der Berufungsfrist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt und erneut Berufung eingelegt.

Die Klägerin berichtet, ihr zweitinstanzlicher Prozessbevollmächtigter, Rechtsanwalt S., sei von ihrem erstinstanzlichen Prozessbevollmächtigten am 31.8.2000 gegen 9 Uhr telefonisch mandatiert worden. Jener habe darüber eine Telefonnotiz gefertigt mit den Vermerken „Fristen“ und „Berufungseinlegung heute“. Diese Notiz habe er der sorgfältigen und zuverlässigen Rechtsanwaltsfachgehilfin J., die wie alle Büroangestellten angewiesen gewesen sei, Fristen auch dann sofort einzutragen, wenn noch keine Akte angelegt ist, mit der mündlichen Anweisung übergeben, die Frist zu notieren, nach Eingang der Unterlagen eine Akte anzulegen und den Berufungsschriftsatz vorzubereiten.

Er habe die Gehilfin darauf hingewiesen, dass er um 10.30 Uhr einen Termin beim Amtsgericht und danach einen auswärtigen Besprechungstermin habe, und deshalb, da nicht sicher gewesen sei, dass er zu üblichen Bürozeiten zurückkommen werde, die Gehilfin weiter angewiesen, den Berufungsschriftsatz einem anderen beim OLG zugelassenen Rechtsanwalt der Kanzlei zur Prüfung und Unterzeichnung vorzulegen und ihn dann beim OLG einzureichen.

Die Gehilfin habe aber die Frist nicht eingetragen, vielmehr nach Eingang des Berufungsschriftsatzes per Fax die Unterlagen der Auszubildenden Sch. mit der Telefonnotiz übergeben mit dem Auftrag, eine Akte anzulegen und den Schriftsatz vorzubereiten. Die Auszubildende habe dies getan ohne zu überprüfen, ob die Berufungsfrist bereits eingetragen sei. Den gefertigten Schriftsatz habe sie zusammen mit anderen nicht fristgebundenen Schreiben in den Unterschriftenkorb von Rechtsanwalt S. gelegt.

Rechtsanwalt S. sei gegen 19 Uhr ins Büro zurückgekehrt und habe den Fristenkalender überprüft. Nachdem er keine offenen Fristen habe feststellen können, habe er noch andere Dinge erledigt und dann das Büro verlassen.

Aus den Gründen:

Die Berufung der Klägerin ist nicht innerhalb der Monatsfrist des § 516 ZPO eingelegt worden. Diese Frist war bereits mit Ablauf des 31.8.2000 verstrichen, der Berufungsschriftsatz ist aber erst am 1.9.2000 beim Berufungsgericht eingegangen.

Der nach § 234 Abs. 1 ZPO zulässige Antrag der Klägerin, ihr wegen der Versäumung der Berufungsfrist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren, war zurückzuweisen. Die Klägerin war nicht ohne ihr Verschulden daran gehindert, die Notfrist des § 516 ZPO einzuhalten (§ 233 ZPO). Vielmehr muss sich die Klägerin das Verschulden ihres (im Folgenden jeweils: zweitinstanzlichen) Prozessbevollmächtigten zurechnen lassen (§ 85 Abs. 2 ZPO). Ein jegliches Verschulden der Klägerin ausschließendes Kanzleiversehen von Bürokräften des Prozessbevollmächtigten der Klägerin hat die Klägerin nicht glaubhaft gemacht.

Dabei kann dahinstehen, ob der Prozessbevollmächtigte der Klägerin seine Büroorganisation in Hinblick auf die Fristenüberwachung ausreichend zuverlässig gestaltet hat, ob er seinen Büroangestellten hierzu ausreichende Anweisungen gegeben hat und ob das angewiesene Büropersonal hinreichend ausgebildet und überwacht war.

Denn ein Rechtsanwalt hat, selbst wenn er Aufgaben zulässigerweise an sein Büropersonal delegiert hat, selbst wieder **eigenverantwortlich eine Fristenkontrolle vorzunehmen, wenn er noch vor Ablauf der Berufungsfrist wieder selbst mit der Angelegenheit befasst wurde oder sonst eine Überprüfungsmöglichkeit wegen der Fristeinhaltung hatte** (vgl. BGH v. 11.2.1992 – VI ZB 2/92, NJW 1992, 1632; v. 25.3.1981 – VIII ZB 27/81, VersR 1981, 551, 552; VersR 1963, 1224).

Vorliegend hätte der Prozessbevollmächtigte der Klägerin bei Rückkehr in sein Büro am Abend des 31.8.2000 die Fristeinhaltung in Bezug auf die Berufungseinlegung wieder selbst überprüfen können und müssen.

Fristenkontrolle

Dies gilt zum einen deshalb, weil ihm zu dieser Zeit der **Berufungsschriftsatz (in den Unterschriftenkorb) vorgelegt worden war**. Dies entspricht einer Vorlage der Handakte zur Bearbeitung. Dass der Schriftsatz nicht als besonders dringend gekennzeichnet in den Unterschriftenkorb gelegt wurde, kann dabei nicht ausschlaggebend sein, da ausreichend ist, dass ihm die Akte zur Unterschrift wegen der Berufungseinlegung vorgelegt wurde, von der der Prozessbevollmächtigte der Klägerin wusste, dass diese am letzten Tag der Frist eingelegt werden musste.

Zum anderen musste dem Prozessbevollmächtigten der Klägerin auch bei der von ihm vorgetragenen **Kontrolle des Fristenkalenders am Abend des 31.8.2000 auffallen, dass die Frist zur Berufungseinlegung in der vorliegenden Sache weisungswidrig nicht eingetragen war**. Er durfte sich aus diesem Grunde nicht damit begnügen festzustellen, dass keine unerledigten Fristen mehr vorhanden waren, sondern **musste auch die Durchführung seiner Weisung überprüfen**. Dies gilt umso mehr, als die Weisung **erst am Vormittag desselben Tages gegeben** wurde und eine erhöhte Sorgfaltspflicht deshalb vorlag, weil er **wusste, dass zur Berufungseinlegung nur noch dieser letzte Tag der Frist zur Verfügung stand**.

Dabei kann sich der Prozessbevollmächtigte der Klägerin auch nicht darauf berufen, ihm sei die Fristsache am Abend nicht mehr in Erinnerung gewesen. Anlass zur weiteren Überprüfung der Fristeinhaltung bestand auch deshalb, weil der Prozessbevollmächtigte der Klägerin die Vorlage der Berufungsschrift an einen anderen Rechtsanwalt der Kanzlei angewiesen hatte, er also in besonderem Maße gehalten war, bei seiner Rückkehr in das Büro die Durchführung seiner Anweisung zu kontrollieren. Deshalb kann den Prozessbevollmächtigten der Klägerin die behauptete Anweisung des Büropersonals nicht von – durch die eigene Befassung wieder aufgelebten – eigenen Pflichten befreien.

Hätte der Prozessbevollmächtigte der Klägerin seinen Unterschriftenkorb durchgesehen oder die fehlende Eintragung der Frist im Fristenkalender zum Anlass für weitere Nachforschungen genommen, wäre eine rechtzeitige Berufungseinlegung bis zum Ablauf des 31.8.2000 für diesen, zumal sich seine Kanzlei im selben Gebäude befindet wie das Berufungsgericht, noch möglich gewesen.

(...)

- Berufungsbegründungsfrist
 - Kontrollanruf bei OLG
 - Konkrete Anweisung
 - Organisationsverschulden
- (OLG Koblenz, Beschl. v. 27.6.2000 – 3 U 345/00)

Leitsatz:

Ein Rechtsanwalt genügt seiner Pflicht zu ausreichender Fristenkontrolle nicht, wenn er dem Büropersonal die allgemeine Anweisung gibt, im Falle der Berufungseinlegung per Telefax

1. beim Berufungsgericht telefonisch nachzufragen, ob die Berufung eingegangen sei,
2. das Aktenzeichen des Berufungsgerichts sowie das Eingangsdatum in der jeweiligen Akte zu vermerken und
3. die Frist für die Berufungsbegründung sofort zu notieren.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin hat gegen das ihr am 3.2.2000 zugestellte Urteil des Landgerichts vom 26.1.2000 mit Schriftsatz vom 2.3.2000 Berufung eingelegt. Die Berufungsschrift ist beim OLG per Telefax am 2.3.2000 und per Post am 3.3.2000 eingegangen. Die Berufungsbegründungsschrift ist bei Gericht eingegangen am 20.4.2000.

Die Klägerin trägt vor, im Büro ihres Prozessbevollmächtigten sei mit der Überwachung von Notfristen die Büroangestellte S. betraut. Der Rechtsanwalt habe dazu schriftlich folgende allgemeine Anweisung gegeben:

- „1. Rückfrage beim OLG, ob die Berufung eingegangen ist.
2. Wenn die Berufung eingegangen ist, Aktenzeichen, Mitarbeiter des OLG, mit dem telefoniert wurde, und Datum als Aktenvermerk in die jeweilige Akte.
3. Frist für die Berufungsbegründung sofort notieren! Die Frist beträgt einen Monat ab Eingang bei Gericht. (...)
4. Streichen der Frist sowohl für die Berufung als auch für die Begründung jeweils erst mit Eingangsbestätigung.“

Die Überwachung der Notfristen sei so organisiert, dass der Ablauf der Frist vermerkt werde und außerdem vier Vorfristen notiert würden. Die Eintragung im Fristenkalender werde zu-

sätzlich in den Handakten vermerkt. Im vorliegenden Fall habe S. versehentlich keine Frist notiert und wohl kein Quittungsexemplar an das OLG abgesandt. Der Fristablauf sei erstmals am 7.4.2000 aufgefallen. Die Büroangestellte S., eine Rechtsanwaltsfachangestellte, sei eine geschulte und zuverlässige Bürokraft. Sie sei regelmäßig kontrolliert worden und habe seit fast zwei Jahren das Fristenbuch sorgfältig und fehlerlos geführt.

Der Wiedereinsetzungsantrag des Klägers blieb ohne Erfolg.

Aus den Gründen:

Die beantragte Wiedereinsetzung war zu versagen, weil die Versäumung der Frist zur Berufungsbegründung auf einem Verschulden des zweitinstanzlichen Prozessbevollmächtigten der Klägerin beruht und dieses der Klägerin nach § 85 Abs. 2 ZPO zuzurechnen ist.

Die Fristenkontrolle war im Büro des klägerischen Prozessbevollmächtigten nicht ausreichend organisiert. Ein Rechtsanwalt kann die Führung des Fristenkalenders und die Berechnung der üblichen, in seiner Praxis häufig vorkommenden Fristen seinem gut ausgebildeten und häufig überwachten Büropersonal überlassen, wenn er durch geeignete allgemeine Anweisungen auf einen verlässlichen, Fristversäumnisse möglichst vermeidenden Geschäftsgang hinwirkt (BGH v. 13.6.1996 - VII ZB 7/96, MDR 1996, 965 = NJW 1996, 2514).

Im Rahmen einer solchen Anweisung muss nach ständiger Rechtsprechung des BGH **hinsichtlich der Berufungsbegründungsfristen sichergestellt sein, dass das (mutmaßliche) Ende der Frist schon bei (so BGH, VersR 1974, 909) oder alsbald nach (so BGH, VersR 1957, 614) Einreichung der Berufungsschrift im Fristenkalender notiert wird** (BGH, NJW 1997, 142). Unter „Einreichung“ ist dabei die Absendung des Schriftsatzes zu verstehen (vgl. BGH v. 6.5.1997 - VI ZB 12/97, NJW-RR 1997, 1153 = MDR 1997, 775; v. 21.10.1987 - IVb ZB 158/87, MDR 1988, 568 = NJW 1988, 568). Der Eintrag ist, sobald das genaue Eingangsdatum durch gerichtliche Eingangsbestätigung bekannt wird, zu überprüfen und ggf. zu korrigieren (BGH v. 6.5.1997 - VI ZB 12/97, NJW-RR 1997, 1153 = MDR 1997, 775). Diesen Erfordernissen genügt die im Vortrag der Klägerin zitierte schriftliche Anweisung ihres Prozessbevollmächtigten nicht.

Nach Ziffer 3 der schriftlichen Anweisung ist die Frist für die Berufungsbegründung **„sofort einzutragen“**. Diese Formulierung lässt nicht erkennen, was mit „sofort“ gemeint ist. Insbesondere kann sie nicht ohne weiteres dahin verstanden werden, dass die Eintragung **unmittelbar nach Absendung** der Berufungsschrift oder aufgrund des vom Empfänger des Telefax **gesendeten „O.K.-Vermerks“** erfolgen soll. Die Klägerin trägt auch nicht vor, dass eine entsprechende **mündliche Anweisung** gegeben worden sei oder dass **zumindest eine solche tatsächliche Übung** in der Praxis des Anwalts geherrscht habe. Dies ergibt sich auch nicht aus der eidesstattlichen Versicherung der Büroangestellten S.

Der Umstand, dass die Rückfrage beim OLG (Ziffer 1 der schriftlichen Anweisung) und der diesbezügliche Aktenvermerk (Ziffer 2) vor Ziffer 3 der Anweisung geregelt ist, legt vielmehr nahe, dass die Frist jeweils erst **nach der telefonischen Auskunft des OLG** eingetragen werden soll. **Dies aber ist im Hinblick auf die Gefahr eines völligen Unterbleibens der Eintragung nicht hinnehmbar** (vgl. u.a. BGH v. 13.6.1996 - VII ZB 7/96, MDR 1996, 965 = NJW 1996, 2514).

Obwohl die maßgebliche Berufungseinlegung im vorliegenden Fall nicht durch einen mit der Post beförderten Schriftsatz – wie in den vom BGH entschiedenen Fällen –, sondern mittels Telefax erfolgte, kann hier nichts anderes gelten. Denn in jedem Fall kann es, wenn die Frist nicht alsbald nach der Absendung notiert wird, dazu kommen, dass zu einer Zeit, zu der die Berufungsbegründungsfrist bereits zu laufen begonnen hat, diese nicht im Fristenkalender eingetragen ist und bei Hinzutreten weiterer Umstände auch in der Folgezeit nicht mehr eingetragen wird.

Diese Gefahr besteht auch dann, wenn – wie hier – die Anweisung besteht, den Eingang der Berufungsschrift beim OLG telefonisch bestätigen zu lassen (vgl. z.B. BGH v. 6.5.1997 - VI ZB 12/97, NJW-RR 1997, 1153 = MDR 1997, 775: In diesem Fall war nach Absendung der Berufungsschrift per Post der Kontrollanruf beim Berufungsgericht vergessen worden.). Fraglich ist, ob durch eine zusätzliche Anweisung sichergestellt werden könnte, dass bei Berufungseinlegung mit Telefax der Anruf bei Gericht jeweils unmittelbar nach der Übermittlung erfolgt – so dass eine sofort nach dem Anruf vorgenommene Notierung der Frist zugleich alsbald nach der Absendung erfolgen würde.

Dies bedarf jedoch keiner weiteren Erörterung. Denn eine solche Anweisung wird nicht vorge-
tragen. **Die allgemeine schriftliche Anweisung des Rechtsanwalts lässt offen, wann der Anruf beim OLG zu erfolgen hat.** So ist auch für den vorliegenden Fall nicht auszuschließen, dass das Telefonat der zuständigen Büroangestellten mit dem Mitarbeiter beim OLG erst deutlich später erfolgte als die Faxübermittlung.

Es liegt daher ein **Organisationsverschulden** des Prozessbevollmächtigten der Klägerin vor. Dass dies für die Fristversäumung nicht ursächlich geworden wäre, hat die Klägerin nicht dargelegt. Wäre die Büroangestellte S. angewiesen gewesen, mit dem Fristeintrag nicht bis zur telefonischen Empfangsbestätigung zu warten, sondern den Ablauf der Berufungsbegründungsfrist alsbald nach der Absendung des Telefax zu errechnen und vorläufig im Fristenkalender einzutragen, so wäre es wahrscheinlich zur Eintragung gekommen und der Prozessbevollmächtigte wäre zur Einhaltung der Frist veranlasst worden.

(...)

Steuerberatungsvertrag und Honoraranspruch

- Kündigung des Mandats durch Steuerberater
 - Honorar für nicht erbrachte Leistung
 - Vorschuss
 - Rahmensatz
 - Gegenstandswert
 - Neue Bilanzierungsmethode
- (LG Duisburg, Urt. v. 4.8.2000 - 10 O 57/98)

Leitsätze (d. Red.):

1. Der Steuerberatungsvertrag kann außerordentlich gemäß § 627 BGB gekündigt werden.
2. Der Honoraranspruch entsteht, sobald eine Tätigkeit auftragsgemäß begonnen wurde.
3. Eine Herabsetzung des Honorars wegen vorzeitiger Mandatsbeendigung findet nicht statt.
4. Der Honoraranspruch entfällt nicht gemäß § 628 Abs. 1 Satz 2 BGB, wenn der Mandant durch vertragswidriges Verhalten die Kündigung verursacht hat.

5. Eine Überschreitung des vom Sachverständigen ermittelten Rahmensatzes um 20% ist nicht unbillig.

6. Zur Ermittlung des Gegenstandswertes für die Buchführung sind sämtliche Erlöse und Erträge aus Anlageverkäufen, pauschalen Wertberichtigungen, Versicherungsentschädigungen pp. einzubeziehen.

7. Eine Änderung der Bilanzierungsmethode gegenüber dem Vorjahr darf nur in Ausnahmefällen und nach Besprechung mit dem Mandanten durchgeführt werden.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin war Steuerberaterin der Beklagten. Für die Abschlussbilanz 1995 und 1996 stellte sie der Beklagten einen Betrag von insgesamt 23.987,27 DM in Rechnung (Rechnung vom 5.8.1997 und Rechnung vom 18.8.1997). Sie übersandte je eine mit „Besprechungsexemplar“ überschriebene Bilanz und verlangte einen Honorarvorschuss von 17.250 DM. Die Beklagte zahlte auf die Honorarrechnung lediglich einen Betrag von 11.993,64 DM.

Die Bilanzen, die die Klägerin für die Beklagte erstellte, enthielten die Gewinn- und Verlustrechnung sowie einen Anhang. Lageberichte, die in den Rechnungen mit einem Betrag von 1.672,68 DM abgerechnet wurden, wurden durch die Klägerin noch nicht erstellt, da sie diese nicht anfertigen konnte. Die Beklagte verschob viermal kurzfristig noch geplante Besprechungstermine mit der Klägerin zur Erstellung der Bilanzen und der Lageberichte.

Ende 1997 kündigte die Klägerin das Mandat. Sie forderte die Beklagte zuletzt mit Schreiben vom 1.12.1997 unter Fristsetzung bis zum 8.12.1997 zur Zahlung des noch ausstehenden Betrages von 11.993,63 DM auf.

Die Beklagte beauftragte ihrerseits einen anderen Steuerberater, die Bilanzen für 1995 und 1996 zu erstellen. Hierfür entrichtete sie ein Gesamthonorar in Höhe von 8.121,76 DM. (...)

Mit Beschluss des Amtsgerichts vom 23.12.1999 wurde ein vorläufiger Insolvenzverwalter für die Beklagte bestellt und ein Zustimmungsvorbehalt angeordnet. Ein allgemeines Verfügungsverbot gemäß § 21 Abs. 2 Nr. 2 INSO hat das Amtsgericht nicht angeordnet.

Die Klägerin behauptet, die von ihr für 1995 und 1996 erstellten Bilanzen seien, sowie ihr die erforderlichen Informationen von der Beklagten zur Verfügung gestellt worden seien, fehlerfrei und vollständig erstellt. Sie ist der Auffassung, die Honorarberechnungen seien korrekt erfolgt.

Insbesondere die Gebührensätze von 30/10 für die Gewinn- und Verlustrechnungen sowie von 10/10 für die Erstellung des Anhangs entsprächen den Grundsätzen der StBGebV. Insoweit habe sie auch, was zwischen den Parteien unstreitig ist, die Bilanzen der Vorjahre mit denselben Sätzen abgerechnet. Die Gegenstandswerte als Bemessungsgrundlage für weitere Honorarrechnungen habe sie zutreffend berechnet.

Im Schriftsatz vom 8.5.1998 erklärte sich die Klägerin bereit, auf die Kosten für die Erstellung der mit abgerechneten Lageberichte in Höhe von brutto 1.672,68 DM zu verzichten.

(Anträge ...)

Die Beklagte behauptet, die Abrechnungen der Bilanzen für 1995 und 1996 seien fehlerhaft vorgenommen worden. Sie habe mit der Klägerin einen Gebührensatz von 20/10 vereinbart.

Hilfsweise erklärt die Beklagte die Aufrechnung mit den ihr entstandenen Kosten für die Neuherstellung der Bilanzen für 1995 und 1996 in Höhe von 8.121,76 DM.

Weiterhin erklärt sie hilfsweise die Aufrechnung mit von ihr behaupteten Überzahlungsansprüchen aus den Rechnungen für die Buchführung der Jahre 1992, 1993, 1994 und 1996. Hierzu trägt sie vor, der vereinbarte Gebührensatz für die Buchhaltung habe 8/10 betragen, was zwischen den Parteien unstreitig ist. Die Gegenstandswerte seien durch die Klägerin jedoch falsch ermittelt worden. Für das Jahr 1993 sei ein Betrag von 2.112 DM zu viel bezahlt worden, was zwischen den Parteien unstreitig ist.

Die Klägerin beruft sich gegenüber dem insoweitigen Rückzahlungsverlangen der Beklagten auf die Einrede der Verjährung. Weiterhin ermittelte die Klägerin für die Bilanzbuchhaltung 1996 einen Guthabenbetrag von 347,76 DM. (...)

Die Beklagte wendet darüber hinaus ein, die von der Klägerin vorgelegten Rechnungskopien seien nicht unterschrieben und entsprächen auch im Übrigen nicht den formellen Anforderungen der StBGebV.

Das Gericht hat Beweis erhoben ... durch Einholung eines Sachverständigengutachtens. (...)

Aus den Gründen:

Die Klage ist in Höhe eines Betrages von 6.225,89 DM begründet, im Übrigen unbegründet. Die Klägerin hat ursprünglich einen Vergütungsanspruch aus § 628 Abs. 1 BGB in Höhe von 10.320,95 DM. Dieser Anspruch ist in Höhe eines Betrages von 4.095,06 DM durch die Hilfsaufrechnung der Beklagten gemäß § 389 BGB erloschen.

Soweit die Klägerin zunächst beantragte, die Beklagte zur Zahlung von 11.993,63 DM zu verurteilen, hat sie die Klage in Höhe eines Betrages von 1.672,68 DM gemäß § 269 Abs. 1 ZPO durch Schriftsatz vom 8.5.1998 teilweise zurückgenommen. Indem sie sich bereit erklärte, auf die Kosten für die noch nicht erstellten Lageberichte zu verzichten, liegt, auch wenn die Klägerin nicht ausdrücklich eine Teilklagerücknahme erklärt hat, zumindest eine konkludente Erklärung der Rücknahme vor. Diese ist grundsätzlich ausreichend (vgl. *MünchKomm-ZPO* zu § 269 Rz. 19). Das Verhalten der Klägerin lässt erkennen, dass sie die Klageforderung um die Rechnungsposten reduzieren will, nachdem sie erklärt hat, die Lageberichte noch nicht erstellt zu haben.

Der danach von der Klägerin noch geltend gemachte Vergütungsanspruch bestand in Höhe eines Betrages von 10.320,96 DM gemäß § 628 Abs. 1 Satz 1 BGB. Danach kann der Dienstverpflichtete, sofern eine Kündigung des Dienstverhältnisses nach den §§ 626 oder 627 BGB erfolgt ist, nach dem Beginn der Dienstleistung einen seinen bisherigen Leistungen entsprechenden Teil der Vergütung verlangen.

Zwischen den Parteien bestand gemäß § 611 BGB **ein Dienstleistungsvertrag, der eine Geschäftsbesorgung i.S.d. § 675 BGB zum Inhalt hatte.**

Die Klägerin hat mit der Beklagten 1992 einen Steuerberatervertrag geschlossen, der die Klägerin verpflichtete, sowohl die Buchführung durchzuführen als auch die Jahresbilanzen zu erstellen. Dem steht nicht entgegen, dass einzelne erfolgsbezogene Tätigkeiten wie Buchführung und Bilanzerstellungen geschuldet waren, da es auf eine umfassende Würdigung der Tätigkeit ankommt. Nur bei einem konkreten einmaligen Leistungserfolg liegt ein Werkvertrag gemäß § 631 BGB vor (vgl. *BGH, WM 1992, 62, 64 m.w.N.*).

Die Klägerin hat den Vertrag zwischen den Parteien im Herbst 1998 **gemäß § 627 Abs. 1 BGB außerordentlich gekündigt**. Die Klägerin war zu einer solchen Kündigung auch berechtigt. Als Steuerberaterin hat sie **Dienste höherer Art geleistet**, die aufgrund eines besonderen Vertrauens übertragen werden, weil der Mandant dem Steuerberater mit dem Auftrag zur Wahrnehmung seiner steuerlichen Interessen Einblick in seine Berufs-, Geschäfts-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse gewährt (vgl. *Erman-Hanau/Palandt*, § 627 Rdnr. 2; *BGH, NJW-RR 1993, 374*).

Die Klägerin stand auch in einem dauernden Dienstverhältnis, da der Vertrag auf unbestimmte Zeit geschlossen war. Hierbei ist es nicht erforderlich, dass die Dienstleistung die Erwerbstätigkeit der Verpflichteten vollständig oder überwiegend in Anspruch nimmt.

Feste Bezüge erhält die Klägerin nicht, sondern nur die aufgrund ihrer geleisteten Arbeit fälligen Gebühren.

Die Kündigung war auch nicht aufgrund § 628 BGB ausgeschlossen, da sie **nicht zur Unzeit** für die Beklagte erfolgte.

Der Vergütungsanspruch der Klägerin ist nicht dadurch beschränkt, dass diese die Bilanzen für 1995 und 1996 noch nicht fertig stellte. Nach dem unstreitigen Vorbringen der Parteien bedurften die von der Klägerin vorgelegten Bilanzen noch der Besprechung, um abschließende Bewertungen des Anlagevermögens und einiger Forderungen vorzunehmen. Sie wurden auch von der Klägerin lediglich als Besprechungs-exemplare überschrieben. -

Das Honorar ist gemäß § 628 Abs. 1 Satz 1 BGB nach einem der bisherigen Tätigkeit entsprechenden Anteil zu bemessen. § 628 BGB wird nicht durch die StBGebV ausgeschlossen. Die StBGebV enthält keine Bestimmung über den Grund des Vergütungsanspruchs. Dessen Voraussetzungen ergeben sich aus den Vorschriften des BGB, die durch die in der StBGebV enthaltenen Regelungen, welche die Höhe des Vergütungsanspruchs bemessen, ergänzt werden (vgl. *BGH, NJW 1982, 437, 438 zur vergleichbaren Regelung in der BRAGO*).

Der bisherige Anteil der Vergütung berechnet sich nach den bereits angefallenen Gebühren. **Die Gebühren entstehen, sobald der Steuerberater aufgrund eines Auftrages irgendeine**

Tätigkeit vorgenommen hat (vgl. *Eckert/Böttcher zu § 12 StBGebV Anm. 4*). Die Klägerin ist bereits für die Gewinn- und Verlustrechnung sowie den Anhang der Bilanzen für 1995 und 1996 tätig geworden. Daher sind jeweils die Gebühren gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 1a) und b) StBGebV entstanden, nicht aber solche für die Lageberichte gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 1c), da die Klägerin aufgrund der fehlenden Informationen durch die Beklagte nicht tätig werden konnte.

Eine Herabsetzung des Honorars aufgrund der vorzeitigen Beendigung und der damit verbundenen Arbeitersparnis ist durch § 12 Abs. 4 StBGebV ausgeschlossen. Nach dieser Vorschrift ist es für bereits entstandene Gebühren ohne Einfluss, wenn der Auftrag endet, bevor die Angelegenheit erledigt ist. § 12 Abs. 4 StBGebV beruht auf den Besonderheiten des steuerberaterlichen Gebührenrechts. Es ist **Ausfluss des Systems der gesetzlichen Verfahrenspauschgebühren**, nach dem der Steuerberater für eine Gruppe gleichgearteter Tätigkeiten jeweils eine Gebühr erhält, ohne dass es darauf ankommt, wie oft er die betreffende Tätigkeit ausführt.

Der Steuerberater hat diese Gebühr bereits mit der ersten Tätigkeit, die die gesetzlichen Voraussetzungen ihres Entstehungstatbestandes erfüllt, in voller Höhe verdient. Er kann sie weder für eine gleichgeartete Tätigkeit in derselben Angelegenheit ein zweites Mal fordern (§ 12 Abs. 2 StBGebV) noch verringert sich diese, wenn er die Tätigkeit zur Durchführung des Auftrages lediglich einmal vornehmen muss (vgl. *BGH, NJW 1987, 315, 316 zum wortgleichen § 13 Abs. 4 BRAGO*).

Der Anspruchsgrund ist auch nicht durch § 628 Abs. 1 Satz 2 BGB entfallen. Es kann dahinstehen, inwieweit die Beklagte noch Interesse an den Leistungen der Klägerin hatte, denn die Beklagte hat durch ein vertragswidriges Verhalten die Kündigung veranlasst.

Zum einen ergeben sich aus dem Beratervertrag umfassende gegenseitige Informationspflichten. **Der Steuerberater kann die Bilanzen nur dann sachgerecht erstellen, wenn er hierbei von seinem Mandanten unterstützt wird**, insbesondere durch zur Verfügungstellen der erforderlichen Informationen und Teilnahme an Besprechungen. Diese noch notwendigen Besprechungen hatte die Beklagte viermal kurzfristig verschoben. Unter diesen Voraussetzungen war es der Klägerin nicht möglich, die Bilanzen abschließend zu erstellen.

Die Beklagte verletzte damit zumindest ihre vertraglichen Obliegenheiten gegenüber der Klägerin. Unabhängig davon, ob es zugleich eine Nebenpflichtverletzung ist, stellt es ein vertragswidriges Verhalten der Beklagten dar, da es die sachgerechte Durchführung des Steuerberatervertrages durch die Klägerin unmöglich machte.

Zum anderen hatte die Beklagte trotz mehrfacher Aufforderung den von der Klägerin verlangten Vorschuss nicht in voller Höhe bezahlt. Nach § 8 StBGebV war die Klägerin berechtigt, entgegen der Regelung des § 614 Abs. 1 Satz 1 BGB einen Vorschuss zu verlangen. Die Vorschussanforderung ist in Höhe von 17.250 DM erfolgt und war auch angemessen. **Zum einen waren die Gebühren bereits entstanden, zum anderen hatte die Klägerin ein erhöhtes Sicherungsinteresse hinsichtlich ihrer Gebührenforderung, da bereits eine nominelle Überschuldung der Beklagten aus den Bilanzen zu ersehen war.** Der Vorschuss überschritt auch nicht das von ihr beabsichtigte Honorar.

Das Honorar besteht für die Gewinn- und Verlustrechnungen und den Anhang auch in der berechneten Höhe. Der Gebührensatz war durch die Klägerin innerhalb des Gebührenrahmens des § 35 Abs. 1 Nr. 1 StBGebV nach billigem Ermessen gemäß § 11 StBGebV zu bestimmen.

Soweit die Beklagte behauptet, es sei ein Gebührensatz von 20/10 für die Gewinn- und Verlustrechnung vereinbart gewesen, ist dies unbeachtlich. Die Beklagte, die für eine solche Vereinbarung darlegungs- und beweispflichtig ist, hat für ihre Behauptung insoweit keinen Beweis angetreten. Aufgrund der Beweisaufnahme steht fest, dass die von der Klägerin in Ansatz gebrachten Gebührensätze von 30/10 für die Gewinn- und Verlustrechnung und 10/10 für den Anhang billigem Ermessen entsprechen.

Der angesetzte Gebührensatz von 30/10 für die Gewinn- und Verlustrechnung liegt innerhalb des zulässigen Gebührenrahmens des § 35 Abs. 1 Nr. 1a) StBGebV. Der Gutachter hält einen Gebührensatz von 28/10 für angemessen. Der Sachverständige führt insofern nachvollziehbar und anhand der ihm vorliegenden Unterlagen verständlich aus, dass eine Einordnung in diesem Gebührenrahmen zu erfolgen hat. Der von der Klägerin festgelegte Gebührensatz erfüllt die Anforderungen des § 11 StBGebV. Soweit es insoweit auf die Bedeutung der Sache ankommt,

bestimmt sich diese nach den Auswirkungen in wirtschaftlicher Sicht auf die Stellung und das Ansehen des Auftraggebers und die Auswirkungen der Tätigkeit auf weitere Angelegenheiten (vgl. Eckert/Böttcher, § 11 StBGebV Anm. 2.1).

Die Jahresabschlussbilanz ist Voraussetzung für die Steuererklärung der Beklagten und **wichtig für deren Kreditwürdigkeit** und daher von **hoher Bedeutung**. Beim Umfang der zu erstellenden Arbeiten ist auch der **zeitliche Aufwand** zu berücksichtigen. Auch wenn die Auftragsdurchführung durch die Klägerin vorzeitig endete, sind sowohl die Gewinn- und Verlustrechnung als auch der Anhang bis auf abschließende Bewertungen fertig gestellt. Die zeitlich aufwendige Zusammenstellung und Verarbeitung der Daten sind damit erbracht.

Der Sachverständige ermittelt daher nachvollziehbar die Schwierigkeit der Tätigkeit mit einem gehobenen bis höheren Schwierigkeitsgrad. Ausweislich der Umsätze der Bilanzen betreibt die Beklagte zumindest eine mittelgroße Spedition. **Ein gehobener Schwierigkeitsgrad wird bei Abschlusserstellung für kleine und mittlere Handelsbetriebe angenommen, ein höherer Schwierigkeitsgrad bei größeren Handelsunternehmen** (vgl. Eckert/Böttcher, § 11 StBGebV Anm. 2.3).

Zusätzlich erschwerend war zugunsten der Klägerin zu berücksichtigen, dass durch die mehrfach verschobenen Besprechungstermine deren zeitliche Planung und Vorbereitung auf die Besprechung wesentlich erschwert wurden.

Der vom Gutachten abweichende Gebührensatz der Klägerin von 30/10 liegt noch innerhalb des billigen Ermessens. Durch die Bestimmung nach billigem Ermessen ergibt sich ein gerichtlich nur auf Ermessensfehler überprüfbarer Ermessensspielraum. Eine **Überschreitung des von dem Sachverständigen ermittelten Wertes von 20% durch die Klägerin führt noch nicht zur Unbilligkeit** (vgl. Eckert/Böttcher, § 11 StBGebV Anm. 9.9 und 9.10). Diese Abweichungen liegen noch innerhalb des Ermessens der Klägerin (vgl. zum wortgleichen § 12 Abs. 1 BRAGO: Gerold/Schmidt/v. Eicken, § 12 BRAGO Rz. 9 m.w.N.).

Des Weiteren hatte die Beklagte auch in den **Vorjahren** ausweislich der Rechnungen vom 20.4.1995 und 8.2.1996 für die Erstellung der Gewinn- und Verlustrechnungen sowie der Anhänge der Jahre 1993 und 1994 jeweils denselben Gebührensatz akzeptiert.

Dem steht nicht entgegen, dass für 1992 geringere Gebührensätze veranlagt wurden. Das Jahr ist das Jahr der Aufnahme der Geschäftstätigkeit und als solches mit den Folgejahren nicht vergleichbar. Insoweit war der Arbeitsaufwand der Klägerin für die Beklagte geringer, da sie nur 9 Monate tätig wurde.

Auch der Gebührensatz von 10/10 für die Erstellung der Anhänge entspricht der Bestimmung nach billigem Ermessen. Dabei kann den Ausführungen des Gutachtens nur eingeschränkt gefolgt werden. Der Sachverständige hält eine Reduzierung des Gebührensatzes um 3/10 auf 7/10 als angemessene Gebühr für erforderlich.

Dem schließt sich das Gericht nicht an. Das Gutachten ist in diesem Punkt widersprüchlich. Der Sachverständige ermittelt den Wert aufgrund seiner langjährigen Erfahrung und hält ihn als Ansatz **oberhalb des Mittelwertes** für berechtigt. Der Gebührenrahmen beträgt gemäß § 35 Nr. 1b) StBGebV 2/10 bis 12/10. Der Mittelwert ist somit 7/10. Nach den eigenen Ausführungen des Sachverständigen ergibt sich beim Ansatz oberhalb eines Mittelwertes ein Gebührensatz von zumindest 8/10. Unterstellt man diesen Gebührensatz als angemessen, überschreitet der Ansatz der Klägerin den Wert somit ebenfalls um nicht mehr als 20%, was noch billigem Ermessen entspricht.

Soweit die Beklagte die Gegenstandswerte der Bilanzen 1995 und 1996 bestreitet, ist ihr Vortrag unsubstantiiert und widersprüchlich und daher unbeachtlich. Die Beklagte hat in ihrem Schriftsatz lediglich pauschal die falsche Berechnung der Gegenstandswerte angeführt. Demgegenüber hat die Klägerin die ermittelten Gegenstandswerte im Einzelnen erläutert.

Die Beklagte hat auch weiterhin die Rechnungen der ... beigelegt. Deren berechnete Gegenstandswerte weichen jedoch nur geringfügig von den Berechnungen der Klägerin ab. Sie liegen in denselben Gebührenstufen. Diese Berechnungen hat die Beklagte jedoch hingenommen, indem sie die Rechnungen in voller Höhe bezahlte. Unter diesen Umständen hätte die Beklagte ihr widersprüchliches Verhalten im Einzelnen erklären und erläutern müssen, inwieweit die Gegenstandswertberechnungen der Klägerin unzutreffend waren.

Soweit der Sachverständige daher abweichende Gegenstandswerte ermittelt, können seine Ausführungen dahingestellt bleiben. Im Übrigen

sind die Berechnungen seiner Gegenstandswerte im Gutachten auch unzureichend, da nicht nachvollziehbar. Der Sachverständige teilt insoweit nicht mit, aus welchen Faktoren er die Gegenstandswerte gemäß § 35 Abs. 2 Nr. 1 StBGebV bildet. Er teilt lediglich die errechnete Summe mit. Gerade aber die Zusammensetzung der berichtigten Bilanzsumme und der betrieblichen Jahresleistung, aus denen sich der Gegenstandswert berechnet, sind die tatsächlichen Grundlagen der Ermittlung und hätten vom Sachverständigen mitgeteilt werden müssen.

Die Vergütung ist auch gemäß § 7 StBGebV fällig. Die Klägerin hat die Angelegenheit erledigt, indem sie das Mandat im Herbst 1997 kündigte. Das Honorar ist auch fällig i.S.d. § 9 StBGebV. Die Rechnungen entsprechen den **formellen Erfordernissen des § 9 StBGebV**. Soweit die Beklagte insoweit rügt, dass die von der Klägerin eingereichten Rechnungen nicht unterzeichnet sind und der Form des § 9 Abs. 1 StBGebV nicht genügen, ist dies unbeachtlich. Unbestritten durch die Beklagte ist geblieben, dass die an sie übersandten Rechnungen den Anforderungen des § 9 Abs. 1 StBGebV genügten.

Die danach gegebene Forderung der Klägerin in Höhe von 10.320,95 DM ist durch die Aufrechnungserklärung der Beklagten in Höhe eines Betrages von 4.095,06 DM gemäß § 389 BGB erloschen. Weiter gehende aufrechenbare Ansprüche stehen der Beklagten nicht zu. Die Forderungen der Beklagten setzen sich wie folgt zusammen:

- Guthaben aus der Abrechnung für 1996	347,76 DM
- Unstreitige Überzahlung für das Jahr 1993	2.112,00 DM
- Zuvieleforderung aus dem Jahr 1992	1.635,30 DM

Hierzu im Einzelnen:

Die Beklagte hatte gegen die Klägerin aus § 812 Abs. 1 Satz 1 BGB aufgrund einer überhöht gezahlten Gebührenrechnung vom 8.10.1994 für die Buchführung des Jahres 1993 einen Anspruch in Höhe von 2.112 DM. Die Beklagte hat 2.112 DM ohne Rechtsgrund an die Klägerin geleistet, da die Forderung nur in Höhe von 15.945,60 DM bestand, die Beklagte jedoch 18.057,60 DM an die Klägerin bezahlte. Soweit die Klägerin sich auf eine Verjährung dieses Anspruchs beruft, ist dies unbeachtlich.

Selbst wenn eine Verjährung des Anspruchs eingetreten sein sollte, kann auch mit einer verjährten Forderung gemäß § 389 BGB aufgerechnet werden.

Die Beklagte kann weiterhin einen Betrag von 347,76 DM zur Abrechnung stellen, der sich nach dem eigenen Vorbringen der Klägerin aus der Rechnung für die Bilanzerstellung für 1996 ergibt. Insofern hat die Klägerin in ihrer Rechnung vom 15.10.1997 bzw. 25.5.1998 einen Guthabenbetrag zugunsten der Beklagten von 347,76 DM ermittelt.

Die Beklagte hat weiterhin einen Zahlungsanspruch aus § 812 Abs. 1 Satz 1 BGB, beruhend auf einer Überzahlung der Gebührenforderung für die Buchhaltung aus dem Jahr 1992 in Höhe von 1.635,30 DM.

Für die Buchführung der Jahre 1994 und 1995 besteht ein Rechtsgrund für das von der Klägerin erhaltene Honorar. Die Beklagte hat ihre Behauptung nicht bewiesen, dass die Klägerin für die entsprechenden Tätigkeiten überhöht abgerechnet hat. Der Gebührensatz war zwischen den Parteien unstreitig mit 8/10 vereinbart. Die Beklagte hat ihre Behauptung jedoch nicht bewiesen, dass die Klägerin den **Jahresumsatz als Gegenstandswert gemäß § 33 Abs. 4 StBGebV** falsch ermittelt hat. Soweit die Beklagte meint, der Jahresumsatz sei lediglich der Umsatzerlös der jeweiligen Jahre, kann dem nicht gefolgt werden.

Dieses wird schon durch den Sachverständigen widerlegt, der in die Berechnung auch **Zinsen und sonstige Erträge** einbezieht. Die Klägerin hat demgegenüber sämtliche Erlöse und Erträge in den Jahresumsatz eingerechnet. Das Sachverständigengutachten weicht insofern hiervon ab, indem es in Gegensatz zur Klägerin jeweils die **Erlöse aus Anlageverkäufen, die Erträge aus pauschalen Wertberichtigungen und Versicherungsentschädigungen** in den Jahresumsatz nicht einbezieht.

Dem folgt das Gericht jedoch nicht. Der Gutachter benennt weder die einzelnen Faktoren, aus denen sich der Jahresumsatz gemäß § 33 Abs. 6 StBGebV ergibt, noch erläutert er seinen Ansatz. Er stellt auch nicht dar, warum der Ansatz der Klägerin fehlerhaft sein soll. Insbesondere im Hinblick auf die Ausführungen des Sachverständigen zu den Buchhaltungsgebühren des Jahres 1992 ergeben sich Bedenken gegen seine Begutachtung.

Zwar stimmt das Gericht dem Sachverständigen insoweit zu, als dieser einer **Hochrechnung des Umsatzes auf 12 Monate**, wie ihn die Klägerin vorgenommen hat, widerspricht. Der Sachverständige lässt bei seinen Ausführungen allerdings beispielsweise unerwähnt, dass diese Berechnungsmethode der Klägerin durchaus einer verbreiteten Ansicht entspricht, falls die Buchhaltung nur für einen verkürzten Zeitraum vorgenommen wird. **Diese Berechnungsmethode der Klägerin wird insbesondere vom Verband der steuerberatenden und wirtschaftsprüfenden Berufe in Berlin e.V. vertreten.**

Insgesamt kann den nicht nachvollziehbaren Ausführungen des Sachverständigen zum Gebührensatz nicht gefolgt werden, so dass die Beklagte eine entsprechende Falschberechnung der **Ermittlung der maßgeblichen Gegenstandswerte** nicht bewiesen hat. Dies geht zulasten der Beklagten, die insoweit die Darlegungs- und Beweislast trägt. Im Hinblick auf den von der Beklagten geltend gemachten Bereicherungsanspruch ist diese dafür darlegungs- und beweispflichtig, dass der Klägerin kein Rechtsgrund zur Einbehaltung der Leistung zustand.

Unter Berücksichtigung der von der Klägerin ermittelten Gegenstandswerte ergibt sich jedoch eine Überzahlung der Rechnung für Buchhaltungsarbeiten aus 1992. Insofern ist der von der Klägerin vorgenommene Hochrechnung des Gegenstandswertes auf 12 Monate nicht zu folgen. Maßgeblich für die Tätigkeit des Steuerberaters ist insofern ~~nur der tatsächliche Gegenstandswert~~, wie auch der Sachverständige ausführt (vgl. Eckert/Böttcher, §§ 32, 33 StBGebV Anm. 6).

Ausgehend von dem von der Klägerin ermittelten Gegenstandswert von 2.214.986 DM ergab sich daher bei einer 8/10-Gebühr ein monatlicher Gebührenwert von 1.196,80 DM. Bezogen auf 9 Monate errechnete sich eine Honorarforderung von 10.771,20 DM. Zuzüglich der weiteren Forderung von unstreitig 1.350 DM ergab sich eine Honorarforderung von 12.121,20 DM netto für das Jahr 1992. Die Klägerin machte insofern eine Honorarforderung von 13.543,20 DM geltend, die die Beklagte zahlte.

Unter Berücksichtigung der tatsächlichen Honorarforderung ergibt sich danach eine überzogene Honorarforderung in Höhe von 1.422 DM netto. Zuzüglich Mehrwertsteuer errechnet sich der insoweit geltend gemachte Anspruch der Beklagten aus § 812 BGB in Höhe von 1.635,30 DM.

Die Beklagte hat auch keinen aufrechenbaren Anspruch aus einer positiven Vertragsverletzung gegen die Klägerin. Insofern kann sie die von ihr geltend gemachten Steuerberatungskosten für die Bilanzen 1995 und 1996 gemäß den Rechnungen der ... nicht geltend machen.

Die Klägerin hat keine Pflichtverletzung begangen, die einen solchen Schadenersatzanspruch rechtfertigen würde. Die von der Klägerin vorgenommenen Bilanzarbeiten entsprechen nach dem insoweit überzeugenden Sachverständigen-gutachten den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung.

Es kann dahinstehen, ob die Klägerin die Lage der Beklagten hätte besser berücksichtigen können, wie der Sachverständige ausführt. Bei den Bilanzen handelt es sich lediglich um vorläufige Besprechungsbilanzen. Die Änderungen gegenüber den Bilanzen, welche die ... erstellte, sind maßgeblich durch die **Änderung der Bilanzierungsmethode für die Europaletten in das Anlagevermögen** und die **Auflösung pauschaler Wertberichtigungen** zustande gekommen. Eine solche Änderung konnte die Klägerin ohne vorherige Besprechung mit der Beklagten nicht vornehmen.

Nach dem Grundsatz der Kontinuität der Bilanz gemäß § 252 Abs. 1 Nr. 6 Abs. 2 HGB darf nur in Ausnahmefällen die Bewertungsmethode des Vorjahres geändert werden.

Diese Ausnahme muss schon aufgrund der Begründungs- und Ausweisungspflicht im Anhang gemäß § 284 Abs. 2 Nr. 3 HGB mit dem Mandanten besprochen werden, bevor der Steuerberater eine solche weitreichende Änderung vornehmen darf.

Daher ist es nicht fehlerhaft seitens der Klägerin, dass diese die Besprechungsbilanz zunächst anhand der Bewertungsmethode der Vorjahre erstellt hat. Insofern beabsichtigte die Klägerin unstreitig eine Besprechung über die Bewertung des Anlagevermögens und der Wertberichtigung noch vorzunehmen, welche jedoch aufgrund der Verzögerung der Beklagten letztlich nicht durchgeführt wurde.

(...)

GI Hinweis

Handbuch des Sozietätsrechts

Die Notwendigkeit der Spezialisierung, wie sie sich auch im Trend zu den Fachanwaltschaften niederschlägt, hat dazu geführt, dass der Einzelanwalt mehr und mehr zur Ausnahmeerscheinung wird. Im Gegenzug sind die verschiedenen Kooperationsformen immer wichtiger geworden.

In dem neuen Handbuch des Sozietätsrechts werden alle Formen der gemeinsamen anwaltlichen Berufsausübung auf über 1.000 Seiten ausführlich dargestellt und ihre jeweiligen Vor- und Nachteile gründlich beleuchtet. Im Mittelpunkt steht die rechtliche Gestaltung der Sozietät als „Mutter aller Kooperationsformen“ (Vorwort).

Detailliert aufgezeigt wird, was in gesellschafts-, steuer-, arbeits- und berufsrechtlicher Hinsicht zu beachten ist. Die Besonderheiten überörtlicher und intraurbaner Zusammenschlüsse fehlen ebenso wenig wie die interprofessionelle Zusammenarbeit. Es folgen die Partnerschaftsgesellschaft, die Bürogemeinschaft, die Rechtsanwalts-gesellschaft mbH und die Anwalts-AG.

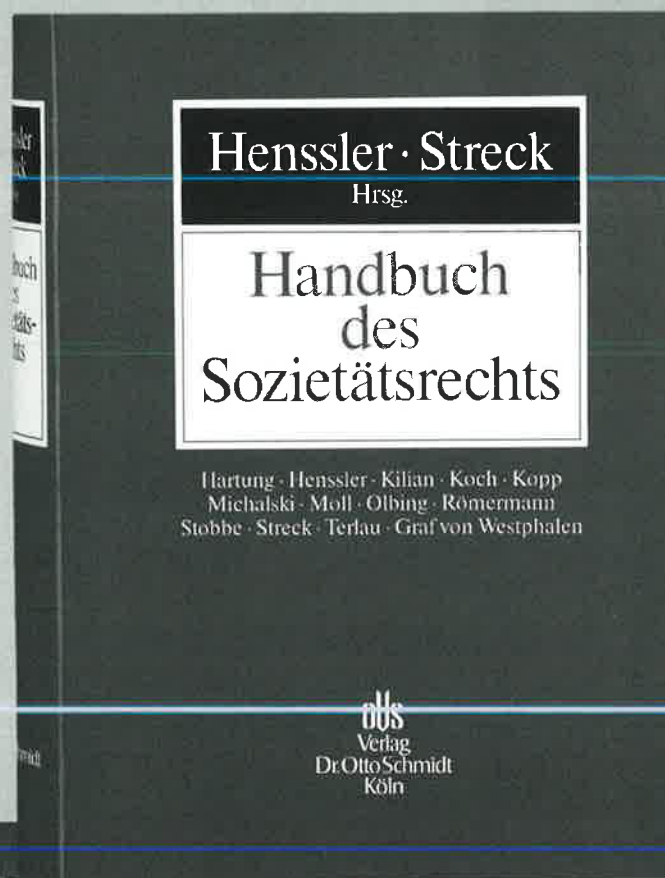
Der Internationalisierung der Beratungsmärkte trägt ein eigenes Kapitel zu den grenzüberschreitenden Organisationsformen Rechnung. Kapitel zum Rechtsanwalt als Arbeitnehmer und als freier Mitarbeiter sowie zur steuer- und zivilrechtlichen Behandlung von Umwandlungsvorgängen runden den Band ab.

Das Handbuch gibt umfassende Auskunft über die rechtliche Gestaltung jeder Kooperation und hilft in allen Phasen der Zusammenarbeit, von der Planung und Vorbereitung über die Durchführung bis zur Beendigung oder Umwandlung. Das renommierte Autorenteam unter den Herausgebern Professor Dr. Martin Henssler und Rechtsanwalt Dr. Michael Streck bietet eine Fülle von Informationen und hilft dem Anwalt, der eine Kooperation erst plant und die für seine Bedürfnisse geeignete Form sucht, ebenso wie demjenigen, der eine bestehende verbessern möchte, fundiert und kompetent bei der optimalen Gestaltung der Zusammenarbeit.

Henssler/Streck: Handbuch des Sozietätsrechts, herausgegeben von Prof. Dr. Martin Henssler und Dr. Michael Streck – Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 2001, 1.182 Seiten, Lexikonformat, gebunden, 248 DM (ab 1.1.2002: 124 €), ISBN 3-504-18020-X

Erfolgsrezept

Henssler/Streck (Hrsg.),
Handbuch des Sozietätsrechts.
Herausgegeben von
Prof. Dr. Martin Henssler
und RA Dr. Michael Streck.
Bearbeitet von
RA Dr. Wolfgang Hartung,
Prof. Dr. Martin Henssler,
Matthias Kilian,
RA Dr. h.c. Ludwig Koch,
RA Stephan Kopp,
Prof. Dr. Lutz Michalski,
RA Dr. Wilhelm Moll,
RA Dr. Klaus Olbing,
RA Dr. Volker Römermann,
RA Dr. Ulrich Stobbe,
RA Dr. Michael Streck,
RA Dr. Matthias Terlau,
RA Dr. Friedrich Graf
von Westphalen.
1.182 Seiten Lexikonformat,
2001, gbd. **248,- DM/**
ab 1.1.02 **124,- €** [D].
ISBN 3-504-18020-X



NEU

www.otto-schmidt.de

Kooperation ist die Antwort des Anwalts auf zunehmenden Wettbewerbsdruck. Welche Kooperationsform im Einzelfall die beste ist und wie man sie am besten gestaltet, steht in diesem neuen Handbuch drin. Gesellschaftsrecht, Steuerrecht, Arbeitsrecht, Berufsrecht. Überörtliche und interprofessionelle Zusammenschlüsse. Musterverträge. An alles wurde gedacht. Ob Sie nun eine Kooperation erst planen oder eine bestehende wegen veränderter Rahmenbedingungen optimieren wollen: Mit diesem Handbuch wird's was.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder beim Verlag Dr. Otto Schmidt
Postfach 51 10 26 · 50946 Köln

BESTELLSCHEIN Fax: 0221 / 9 37 38-943

☐ Ich bestelle mit 14-tägigem Rückgaberecht Henssler/Streck (Hrsg.)
Handbuch des Sozietätsrechts 1.182 Seiten Lexikonformat, 2001,
gbd. **248,- DM/ab 1.1.02 124,- €** [D]. Preisstand: Juli 2001.
ISBN 3-504-18020-X

Name

Straße

PLZ

Ort

Datum

Unterschrift

Steuerberaterhaftung: Grundurteil, Mitverschulden, Klageerweiterung • Beweislastregel, Mitverschuldens-einwand (BGH);
Notarhaftung: Wahrheitswidrige Beurkundung • Nichtiges Rechtsgeschäft • Auslegung des Vertrages • Vorsatz des Notars (BGH);
Honoraranspruch des Rechtsanwalts: Besprechungsgebühr • Telefonat mit Steuerberater/Bank des Mandanten (OLG Düsseldorf);

Anwaltshaftung: Belehrungspflichten • Weisung des Mandanten • Vergleich (OLG Frankfurt/Main);
Steuerberaterhaftung: Lohnbuchhaltung • Sozialversicherungsberatung • Polnische Arbeitnehmer (LG Kleve);
Steuerberatungsvertrag: Inhalt • Substantiierung (LG Wuppertal)
und aktuelle Entscheidungen,
die von besonderer Bedeutung sind



BEIHEFTER

Das Verhältnis des Steuerberaters zu seinen Mandanten ist durch die Sachkompetenz des Steuerberaters und die Kenntnisse der finanziellen Verhältnisse des Mandanten geprägt. Diese Gegebenheiten können in vielen Bereichen zum Wohle des Mandanten genutzt werden. Für den Steuerberater eröffnet sich dadurch die Chance, sein Angebot an Beratungs- und sonstigen Dienstleistungen an den Mandanten zu erweitern und zu verbessern.

In unserem GI-Beihefter finden Sie aktuelle Informationen zu dem Tätigkeitsfeld private Vermögensplanung und inwieweit diese im Rahmen der wirtschaftsberatenden Tätigkeit beruflich gestattet ist. Nutzen Sie die beigelegte Fax-Antwort und fordern Sie weitere Unterlagen zum Thema private Vermögensplanung an.

IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe
ISSN 1430-550 X

Herausgeber:

Gerling
Marketing Freie Berufe
50597 Köln
Telefon: (02 21) 1 44-53 54
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
(verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise:

12-mal im Jahr, jeweils am
10. des Monats

Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

Layout und Satz:

Type Connection,
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

Druck:

Westholsteinische Verlagsdruckerei
Boyens & Co.,
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: DM 96,- jährlich inklusive
Mehrwertsteuer und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen. Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.